



Bundesministerium
für Ernährung
und Landwirtschaft



Kraft des Landes

Vierter Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung der ländlichen Räume

– Kurzfassung –

Inhalt

<i>A. Zusammenfassung und Ausblick</i>	4
<i>B. Ländliche Räume in Deutschland</i>	7
<i>C. Ziele der Bundesregierung</i>	10
<i>D. Politische Schwerpunkte und Maßnahmen der Bundesregierung</i>	12
1. Demografischer Wandel – wachsende Vielfalt auf dem Land	13
2. Klimaschutz und Energiewende – neue Chancen für ländliche Räume	14
3. Daseinsvorsorge – neue Wege für Versorgung, Mobilität und Teilhabe	17
4. Gesellschaftlicher Zusammenhalt – starkes Engagement für Nachbarschaft, Wohnort und Demokratie	19
<i>E. Handlungsfelder für ländliche Regionen</i>	20
1. Wohn- und Lebensräume	21
1.1 Raum- und Ortsentwicklung/Planungsinstrumente ländliche Entwicklung	21
1.2 Wohnen und Bauen	22
1.3 Gesundheit und Pflege	23
1.4 Kinderbetreuung und Bildung, Sport und Kultur	25
1.5 Mobilität und Erreichbarkeit/Nachhaltige Mobilität	26
1.6 Ausbau digitaler Infrastruktur	27
1.7 Ehrenamt und Freiwilliges Engagement/Demokratieförderung	28
2. Wirtschafts- und Innovationsräume	29
2.1 Fachkräftesicherung	30
2.2 Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsförderung	31
2.3 Regionale Wertschöpfung	32
2.4 Innovationen	32
3. Landschafts- und Erholungsräume	33
3.1 Nachhaltige Land- und Waldwirtschaft	33
3.2 Kultur- und Naturlandschaften	33
3.3 Anpassung an Klimawandel	34
3.4 Tourismus und Erholung	35

4. Finanzen, Förderung und Forschung	35
4.1 Kommunalfinanzen	35
4.2 Förderung ländliche Entwicklung	36
4.3 Wirkungsanalyse und räumliche Wirkung	37
4.4 Forschung für ländliche Räume	37
<i>Endnoten</i>	38

Der Vierte Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung der ländlichen Räume beinhaltet eine umfassende Darstellung der Situation und Entwicklung ländlicher Räume sowie der bundespolitischen Maßnahmen und berichtet über die Koordination der für ländliche Räume relevanten Politikbereiche der Bundesregierung. Als übergreifende Schwerpunkte mit erheblicher Relevanz für ländliche Räume vertieft der Bericht die Themenfelder demografische Entwicklung, Klimaschutz und Energiewende, Daseinsvorsorge sowie gesellschaftlicher Zusammenhalt. Auf die detaillierte Darstellung der Maßnahmen der Bundesregierung in den jeweiligen Themenfeldern wird in der Kurzfassung verzichtet und auf die Fundstellen in der Langfassung des Berichts verwiesen.

A

Zusammenfassung
und Ausblick

A. Zusammenfassung und Ausblick

Deutschland zeichnet sich durch seine **Vielfalt der Regionen** aus. So unterschiedlich unsere Landschaften sind, so unterschiedlich sind die Menschen und ihre Lebensbedingungen in den ländlichen Regionen.

Es gibt nicht „das Land“ oder „den ländlichen Raum“ – **jede Region steht für sich: mit unterschiedlichen Voraussetzungen, Chancen, Stärken und Potenzialen sowie Herausforderungen – und jede Region zählt!**

Der **Gleichwertigkeitsbericht** der Bundesregierung „Für starke und lebenswerte Regionen in Deutschland“ vom Juli 2024 hat gezeigt, dass wirtschaftliche, soziale, gesellschaftliche und ökologische Unterschiede zwischen den Regionen in Deutschland mehrheitlich abgenommen haben. Das ist eine gute Nachricht.

Ländliche Räume sind **attraktive Lebensräume für die Mehrheit der Menschen in Deutschland**. Ihre Bedarfe und Besonderheiten, aber auch ihre Chancen und Stärken wurden in der 20. Legislaturperiode verstärkt in den Blick genommen. Politik für starke ländliche Räume hat für die Bundesregierung hohe Priorität. Nicht zuletzt haben die Debatten um eine zunehmende Entfremdung zwischen Stadt und Land, das gefühlte „Abgehängtsein“ einiger Regionen und der in ihnen lebenden Menschen, ländliche Regionen in den Fokus politischer und gesellschaftlicher Diskussion gerückt. Dabei wird deutlich, wie wichtig der **differenzierte Blick auf die Lebenssituationen der Menschen in den unterschiedlichen ländlichen Räumen Deutschlands** ist. Er bildet die Grundlage für eine Politik für gleichwertige Lebensverhältnisse, durch die sich die Menschen vor Ort gesehen und in den politischen Entscheidungen repräsentiert fühlen.

Gerade ländliche Räume können Gewinner der aktuellen Veränderungen werden.

Denn **wichtige Zukunftsfragen entscheiden sich auch in ländlichen Räumen**: die Energiewende und nachhaltige Mobilität, die nachhaltige Sicherstellung der Ernährung, die Zukunft vieler mittelständischer Handwerks- und Industriebetriebe, der Natur- und Hochwas-

serschutz, die Vitalität der freiheitlichen Demokratie. Die ländlichen Räume bieten für unterschiedliche Menschen und Unternehmen Freiräume und Chancen zur Entfaltung. Sie spielen bei der Entwicklung und Umsetzung von Lösungen heute und in Zukunft eine Schlüsselrolle.

Entscheidend für die weitere Entwicklung ländlicher Räume wird die **Handlungsfähigkeit der Kommunen** sein. Dazu gehören auch eine aufgabenadäquate Finanzausstattung ländlicher Kommunen durch die Länder mit den notwendigen Handlungsspielräumen und eine bedarfsgerechte Fördermittelzuweisung auch unter räumlichen Aspekten.

Die ländlichen Regionen attraktiv, demokratie- und ökologisch zukunftsfest zu gestalten, ist das Ziel der Bundesregierung. Zentrale Instrumente, damit unsere Politik vor Ort Wirkung entfaltet, bleiben auch in Zukunft die beiden stabil finanziell ausgestatteten Bundesländer-Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) und „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW).

In der **ländlichen Wirtschaft** steckt viel von der Kraft unseres Landes. Gerade Handwerksbetriebe und Mittelstand sind ein zentraler Anker. Die **Unternehmen in ländlichen Räumen sorgen für die bedarfsdeckende Versorgung** der größeren Städte und Ballungsräume mit Wasser, Lebensmitteln, erneuerbaren Energien, vielen Bau- und Rohstoffen, Handwerksleistungen sowie Industrieerzeugnissen. Diese **Leistungen** nachhaltig für die Gesellschaft zu erbringen, ist auch mit erheblichen **Belastungen und Einschränkungen** verbunden, die in Zukunft mehr Anerkennung finden müssen.

Damit die ländlichen Räume Deutschlands auch in Zukunft Kraftzentren unseres Landes bleiben, die hohe Lebensqualität auf dem Land erhalten und auch das Wirtschaften attraktiv bleibt, brauchen sie vor allem eine gute **Ausstattung mit Infrastrukturen und Daseinsvorsorgeeinrichtungen**. Dazu tragen auch **rechtliche Rahmenbedingungen bei**, die den kleineren Strukturen ländlicher Unternehmen, Gemeindeverwaltungen und der Zivilgesellschaft gleichwertige Chancen bieten wie den Großunternehmen, den Großstädten und Menschen in den Ballungsräumen.

Mit dem **Gleichwertigkeitscheck in der Bundesgesetzgebung** hat die Bundesregierung ein Instrument geschaffen, das bei entsprechender Anwendung zu

einer Rechtsetzung beitragen kann, die gleichwertige Lebensbedingungen und Chancen in unterschiedlichen räumlichen Strukturen fördert. Der von der Bundesregierung verstärkt angegangene **Bürokratieabbau** verbessert die Handlungsmöglichkeiten gerade auch der kleinen ländlichen Strukturen. Kleine Unternehmen, Kommunen und Vereine sind besonders von starren Regelungen und Bürokratie betroffen. Um wertvolle Kapazitäten für Kreativität, Innovation und wachstumsfördernde Tätigkeiten in den ländlichen Kommunen, Vereinen und Unternehmen freizusetzen, setzt die Bundesregierung konsequent auf den Abbau von Bürokratie und auf eine möglichst belastungsarme Umsetzung gesetzlicher Vorschriften.

Eine **Wertschätzung und Anerkennung der Vielfalt der Lebensentwürfe in unserem Land** sowohl in ländlichen als auch in städtischen Gebieten nimmt jenen den Nährboden, die gezielt mit Gefühlen der Benachteiligung

spielen. Die **polyzentrische Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur** in Deutschland ist eine der sozioökonomischen Stärken des Landes. Städtische und ländliche Räume in Deutschland sind eng miteinander verflochten. Sie absichtlich zu spalten, schafft Raum für Populismus, Staatsverdrossenheit und Unfrieden.

Ungleiche Lebensbedingungen werden von den Menschen vor Ort wahrgenommen und können das Vertrauen in die Politik schwächen. Auf der anderen Seite stärken eine gute Daseinsvorsorge, moderne Infrastruktur sowie eine engagierte Bürgergesellschaft unser Land gegen populistische Narrative. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land und in den vielfältigen Regionen Deutschlands sind die beste Basis für das Vertrauen in unsere Demokratie. Deshalb hat die **Politik für die Entwicklung ländlicher Räume für die Bundesregierung eine hohe Priorität**.



Mit einem Dorfladen von Bürgern für Bürger beschreiten einige Orte neue Wege und setzen ein wichtiges Signal für die Wiederbelebung des Dorfkerns. Doch ist der Dorfladen meist nur eine von mehreren Säulen eines Dorfentwicklungsprozesses, der von den Bürgern selbst initiiert und mit viel Engagement und Tatkraft vorangetrieben wird.

B

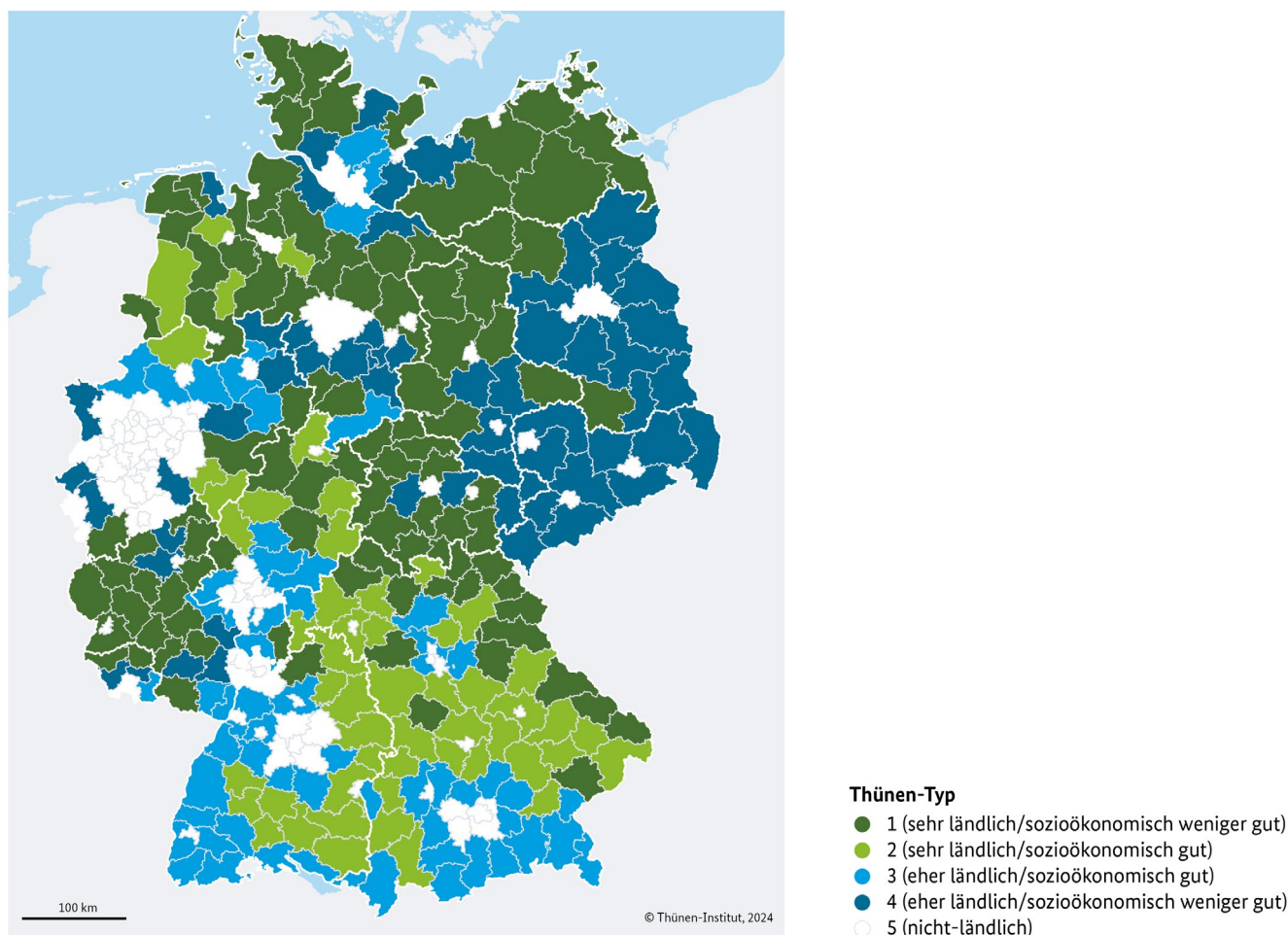
Ländliche Räume
in Deutschland

B. Ländliche Räume in Deutschland

Ländliche Regionen prägen mit ihren Siedlungen und Kulturlandschaften die **Vielfalt Deutschlands** auf eindrucksvolle Weise. Hier lebt über die Hälfte der Bevölkerung.

Knapp die Hälfte der deutschen Wirtschaftsleistung wird in ländlichen Regionen erbracht. Gleichzeitig bieten ländliche Regionen Raum für Natur und Erholung.

Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume gemäß Thünen-Typologie (Kreisregionen)



Quelle: Thünen-Institut, Thünen-Typologie entsprechend Küpper (2016)

Der wirtschaftliche, demografische, technologische, gesellschaftliche und klimatische Wandel hat auch die ländlichen Räume stark geprägt und wirkt sich dort teilweise anders aus als in Großstädten und Ballungsräumen. Daraus entstehen besondere Herausforderungen, für die die Politik passfähige Lösungen und Maßnahmen entwickeln muss.

Ländliche Regionen und Orte sind für viele Menschen **attraktive Lebensräume**, was sich auch bei den Binnenwanderungen in Deutschland zeigt:

Ländliche Räume im Umland der Zentren, aber auch peripherere Regionen gewinnen seit zehn Jahren im Saldo Einwohnerinnen und Einwohner hinzu, die die Großstädte und urbanen Räume verlassen.

Als wichtige **Wirtschaftsstandorte und Orte von Innovation** mit mittelständischen Industriebetrieben, Handwerk und Dienstleistern tragen ländliche Regionen zur ökonomischen Leistungsfähigkeit und gesellschaftlichen Stabilität Deutschlands bei. Für die **Energiewende** hin zu einer klimaneutralen Energieversorgung spielen die ländlichen Räume eine herausragende Rolle. Dies bietet Chancen neuer regionaler Wertschöpfung. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Regionen hängt auch davon ab, dass ausreichend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Ländliche Regionen haben es im Wettbewerb um Arbeitskräfte oft schwerer, weswegen gute Lebensverhältnisse ein wichtiger Standortfaktor sind.

Das große **ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement** in ländlichen Räumen trägt wesentlich zur Verbundenheit mit der eigenen Region, zu Lebensqualität und Zusammenhalt bei. Auf dem Land haben Ehrenamt, Nachbarschaftshilfe und bürgerschaftliches Engagement starke Wurzeln, eine große gesellschaftliche Bedeutung, einen hohen Bindungswert und bauen auf gewachsene Strukturen. Viele ehrenamtlich Engagierte gestalten in ländlichen Räumen das soziale Miteinander mit und sichern Teile der Grundversorgung, Feuerwehren, Sport und Kultur auf unverzichtbare Weise.



In ländlichen Räumen engagieren sich Bewohnerinnen und Bewohner aller Generationen für die Gestaltung ihres Wohnumfeldes.



Ziele der Bundesregierung

C. Ziele der Bundesregierung

Der Blick auf den Alltag und die Lebensumstände der Menschen, die in ländlichen Räumen leben und arbeiten, bestimmt politisches Handeln für ländliche Regionen. Ziel ist es, eine **Politik für die Menschen auf dem Land** zu machen, so dass sie gleichwertige Teilhabemöglichkeiten haben, gern und gut in den Dörfern und kleineren Städten leben und sich dabei genauso wahrgenommen und gesehen fühlen wie Menschen in Zentren und Ballungsräumen. Entscheidend ist hierbei auch, wie die Politik – auf allen Ebenen – über die ländlichen Räume spricht und wie es gelingt, die Chancen und die Gestaltungskraft ländlicher Regionen zu zeigen.

„Deutschland ist so vielfältig wie seine Menschen, jede Region hat unterschiedliche Potenziale. Mein Ziel ist es, dass jede und jeder in Deutschland dort leben und arbeiten kann, wo sie oder er es möchte.“

Cem Özdemir, MdB
Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft
(Schweriner Volkszeitung, 2.7.2024)

Die Politik für die ländlichen Räume dient zum einen dem Ziel einer **nachhaltigen Entwicklung**, die ökologisch, ökonomisch und sozial ausgewogen ist und kommende Generationen und andere Regionen nicht über Gebühr belastet. Zum anderen ist sie geleitet vom übergeordneten Ziel der **gleichwertigen Lebensverhältnisse**, das zu gerechter Ressourcenverteilung und fairen Teilhabechancen, zum Erhalt der dezentralen Siedlungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsstrukturen Deutschlands, zur Dämpfung von Abwanderung aus weniger gut aufgestellten Regionen und zugleich zum Abbau des Drucks auf Ballungsräume beitragen soll.

Ländliche Räume sind geprägt durch **kleinteilige Strukturen**. Aufgrund geringer personeller und oft auch finanzieller Ressourcen ist es für diese besonders schwer, an aufwendigen Verwaltungs-, Förder-, Steuerungs- oder sonstigen Verfahren teilzunehmen. Der **Abbau von unverhältnismäßiger Bürokratie** durch effiziente Regelungen, Abbau von Doppelungen und Überschneidungen sowie durch Digitalisierung, Vereinfachung und Zusammenlegen von Vorgängen ist daher gerade für ländliche Räume und Strukturen ungemein wichtig und schafft Raum und Energie für wesentliche Prozesse lokaler Entwicklung.



Eine gute und leistungsfähige Internetanbindung in ländlichen Räumen ist eine wichtige Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse.

D

Politische
Schwerpunkte und
Maßnahmen der
Bundesregierung

D. Politische Schwerpunkte und Maßnahmen der Bundesregierung

1. Demografischer Wandel – wachsende Vielfalt auf dem Land

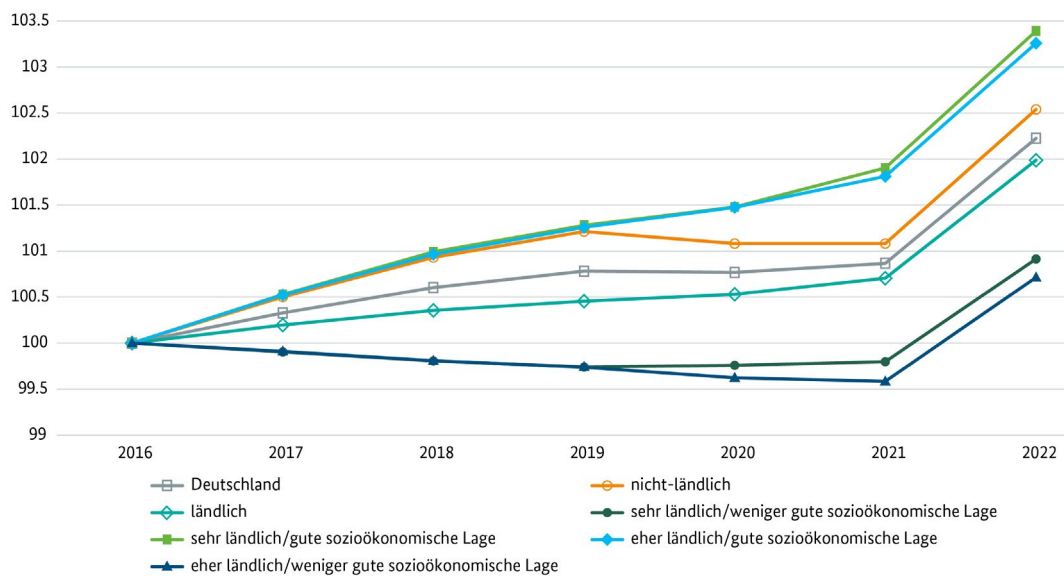
Der Umgang mit dem demografischen Wandel bleibt für ländliche Räume auch über die Legislaturperiode hinaus eine der wichtigsten Aufgaben.

Die Veränderung der Bevölkerungsstruktur prägt die Entwicklung in vielerlei Hinsicht und wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen. Bevölkerungswachstum in

einigen Regionen, Schrumpfung in anderen Regionen, die zunehmende Alterung, aber auch eine ethnisch diverser werdende Einwohnerstruktur verändern ländliche Räume.

Ländliche Regionen erfreuen sich seit einigen Jahren einer wachsenden Beliebtheit bei innerdeutschen Wohnsitzverlagerungen. Selbst peripher gelegene Dörfer und Kleinstädte können Menschen durch Umzüge innerhalb Deutschlands hinzugewinnen, während Großstädte verlieren.¹

Indexierte Bevölkerungsentwicklung (2016 = 100) in Deutschland nach Thünen-Typologie, 2016 bis 2022



Quelle: Berechnungen Thünen-Institut 2024 auf Basis der Fortschreibung des Bevölkerungsstands (inkar.de, o. J.) und der Thünen-Typologie (Küpper 2016)

Die Vielfalt ländlicher Strukturen zeigt sich unter anderem darin, dass im letzten Jahrzehnt **vor allem die ländlichen Kreise mit guter sozioökonomischer Lage gewachsen** sind und von Zuzügen profitieren konnten, während in den ländlichen Räumen mit weniger guter sozioökonomischer Lage die Bevölkerung bis 2021 weiterhin zurückgegangen ist.

Die **regional und lokal sehr unterschiedliche Verteilung von Wachstum und Schrumpfung** vor allem in ländlichen Räumen dürfte sich in den nächsten Jahren fortsetzen. Die Entwicklung reicht von stark wachsenden Regionen bis hin zu Landkreisen, die – nach einem Bevölkerungsrückgang um ein Drittel seit 1990 – bis 2045 noch einmal jeden fünften Einwohner verlieren dürften.²

Alterung trifft nahezu alle Regionen. Besonders stark fällt dieser Anstieg bislang in den ländlichen Regionen aus, die in den letzten Jahrzehnten bereits viele Menschen verloren haben und wirtschaftlich weniger gut aufgestellt sind. Zukünftig jedoch dürfte gerade in ländlichen Regionen, die heute eine noch vergleichsweise junge Bevölkerung haben, das Durchschnittsalter besonders rasch steigen.³

Der **Fachkräftebedarf** steigt deutschlandweit aufgrund der demografischen, technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Parallel gehen die

geburtenstarken Jahrgänge, die sogenannten Baby-boomer, in Rente. Chancen liegen in der Aktivierung der sogenannten stillen Reserve und den bislang nicht ausgeschöpften Arbeitspotenzialen von Frauen und Älteren. Dennoch lässt sich der wachsende Bedarf an beispielsweise Gesundheits- und Pflegepersonal, im Handwerk, von Fachkräften für den Aus- und Umbau der Energie- und Wärmeversorgung, aber auch für Bildung und Kinderbetreuung auch in ländlichen Regionen nicht allein durch die lokale Bevölkerung decken. Um die Lücken mit qualifiziertem Personal zu füllen, ist auch Zuwanderung in ländliche Räume nötig.

Diversität nimmt zu. Wachsende Zuwanderung in ländliche Regionen, sowohl aus dem Ausland als auch durch innerdeutsche Wanderungen, verändert die Bevölkerungsstruktur in den Dörfern und Kleinstädten. So hat sich der Anteil der Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit in ländlichen Räumen seit 2011 von knapp 5 auf 11 Prozent im Jahr 2022 mehr als verdoppelt.⁴ **Neue kulturelle Einflüsse und vielfältige Lebensentwürfe**, andere Ansprüche und Erwartungen an Wohnumfeld und Zusammenleben treffen auf zum Teil schon über viele Generationen bestehende Gemeinschaften, Strukturen und Traditionen. Im Schnitt jüngere Hinzuziehende treffen oft auf eine gealterte lokale Bevölkerung. Dies ist eine Chance, Fachkräftelücken zu füllen, Schulen und Kindergärten zu erhalten und neue Nachfrage nach Dienstleistungen entstehen zu lassen.

2. Klimaschutz und Energiewende – neue Chancen für ländliche Räume

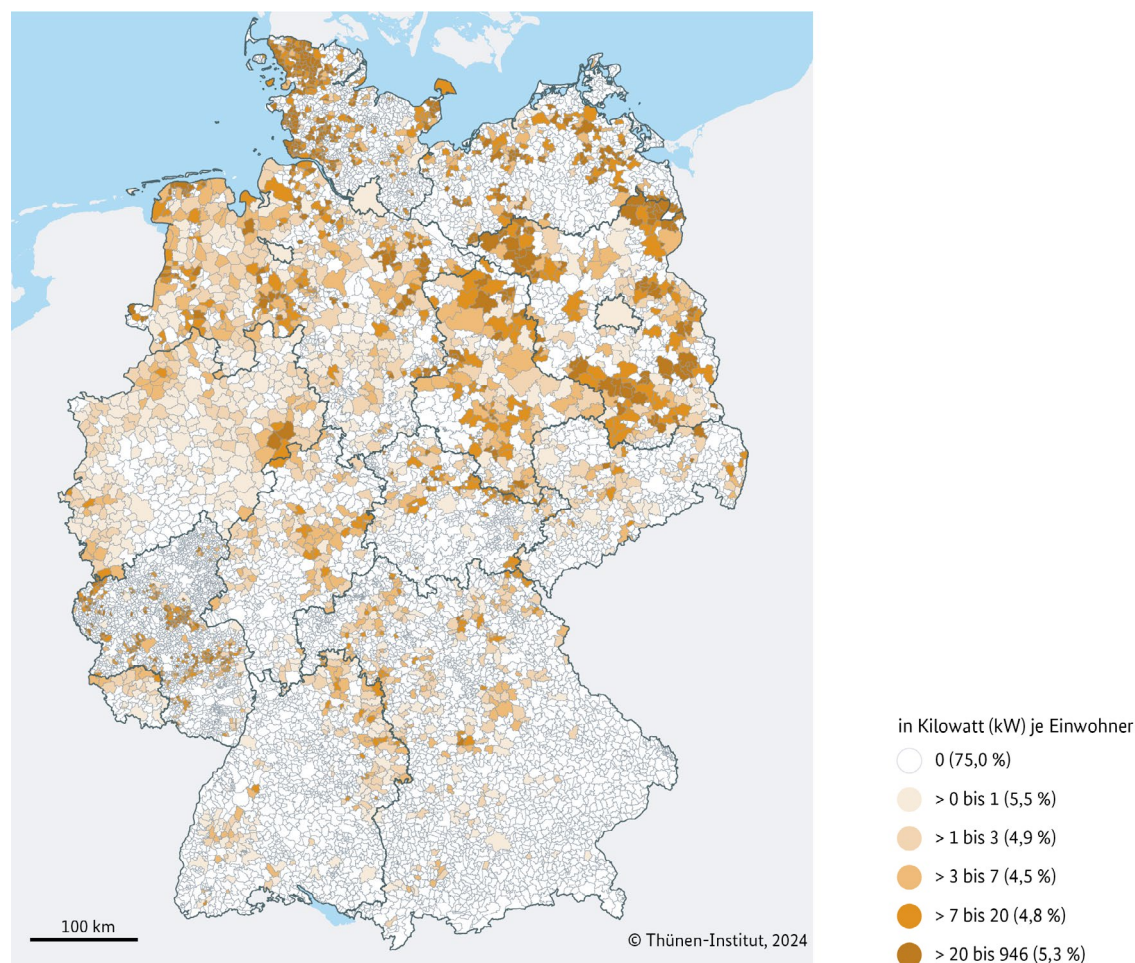
Die ländlichen Räume nehmen für Klimaschutz und Energiewende eine zentrale Rolle ein. Dort finden sich die für die **Bindung von Kohlenstoff** so wichtigen Böden, Wälder und Moore. Maßgebliche Klimaschutzmaßnahmen dieser Legislaturperiode bringen die Wiedervernässung von Mooren und den Umbau der Wälder voran, was weitgehend in ländlichen, dünner besiedelten Regionen erfolgt (siehe Langfassung Kapitel E 3)*.

Auch die **Energiewende** hin zu einer klimaneutralen, hauptsächlich auf erneuerbaren Ressourcen basierenden Energieerzeugung muss vor allem von und in ländlichen Regionen mit ihren Flächen für die **Wind-, Solar- und Bioenergie** geleistet werden.

Ländliche Räume stehen in der Transformation zu mehr Klimaschutz und klimaneutraler Energieversorgung vor **besonderen Herausforderungen**: Der Anteil energieintensiver Unternehmen ist höher als in städtischen Räumen. Dort wohnen breite Bevölkerungsgruppen auch mit geringen Einkünften in Eigenheimen mit überdurchschnittlich hohen Heizkosten pro Kopf, und um mobil zu sein, sind viele auf einen eigenen Pkw angewiesen.⁶

* Die Verweise beziehen sich auf die ausführlichen Darstellungen in der Langfassung des Regierungsberichts.

Installierte Nettonennleistung von Onshore-Windenergieanlagen (Stand: 25.09.2024, Anlagen > 1 MW installierter Leistung) auf Gemeindeebene in Kilowatt je Einwohner



Quelle: Frankenberg/Augstein, Thünen-Institut, 2024⁵

„Die Lasten und Chancen der Energiewende und des Ausbaus der erneuerbaren Energien müssen (...) sozial und räumlich fair verteilt werden (...). Es sollten alle Möglichkeiten genutzt werden, negative Auswirkungen auszugleichen und den vom Ausbau erneuerbarer Energien Betroffenen einen unmittelbaren bzw. mittelbaren Mehrwert zu ermöglichen.“

(Stellungnahme des Sachverständigenrats ländliche Entwicklung beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, März 2024)⁷

Das Gelingen einer nachhaltigen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft hin zur Klimaneutralität entscheidet sich ganz wesentlich in den ländlichen Räumen.

Die Transformation ist auch ein **gesellschaftlicher Prozess**, der von den Menschen, in deren Umfeld die Veränderungen am sichtbarsten sind, mitgetragen und im besten Fall mitgestaltet werden muss. Eine entscheidende Rolle spielen hierbei Fragen der Gerechtigkeit und Fairness, beispielsweise ob Nutzen und Lasten der Energiewende sozial und räumlich, zwischen ländlichen und urbanen Räumen gerecht verteilt werden. Die dezentrale Erzeugung von Energie eröffnet neue Möglichkeiten der **Beteiligung, Teilhabe und regionalen Wertschöpfung**. Kommunen können den Ausbau auf ihren Flächen planungsrechtlich gestalten und dabei die Bürgerinnen und Bürger einbinden. Bund und Länder haben darüber hinaus Regelungen zur freiwilligen und

verpflichtenden finanziellen Beteiligung an den Erträgen der Energieanlagen geschaffen. Die **Erträge** in den Kommunen können auch der Allgemeinheit zugutekommen, sei es durch die Stärkung der Jugend- und Vereinsarbeit oder die Schaffung von Begegnungsorten. Aber auch die Menschen selbst können Akteurinnen und Akteure der Energiewende werden. Die Beteiligung über Bürgerenergiegesellschaften wurde erleichtert (siehe Langfassung Kapitel E 2.3).

Viele **Weichen** wurden **gestellt**, damit die Energiewende ein wichtiger Teil der Entwicklung ländlicher Räume werden kann. Wichtig ist nun, die Kommunen und Menschen vor Ort mitzunehmen, ihnen die Möglichkeiten aufzuzeigen, tatsächlich Teil dieses Wandels zu werden und davon zu profitieren.



Photovoltaikanlage über einem Hopfenfeld in der Hallertau: Triple Win für den Hopfenbau. Neben Hopfen wird auch Strom erzeugt, während zugleich Pflanzen vor viel Sonne und Hagel geschützt werden.

3. Daseinsvorsorge – neue Wege für Versorgung, Mobilität und Teilhabe

Die ausreichende Verfügbarkeit von Dienstleistungen, Waren und Infrastrukturen in einer Region dient mehr als nur der **Versorgung** der Menschen. Sie ist entscheidend für Wohlbefinden und Lebensqualität. Der Großteil der Menschen in ländlichen Räumen ist generell zufrieden mit Angeboten der Daseinsvorsorge.⁸ Sie wissen dabei auch, dass ein vergleichbar dichtes **Angebot** wie in Großstädten kaum in **dünn besiedelten ländlichen Regionen** vorgehalten werden kann. Dafür hat das Leben auf dem Land andere Vorteile im Vergleich zur Großstadt, wie Nähe zur Natur, Ruhe, mehr Platz oder vielerorts günstigere Immobilienpreise.

Eine gute Gesundheitsversorgung ist ein entscheidender Faktor für Lebensqualität.

Eine alternde Bevölkerung ist auf eine gute sowie erreichbare **Gesundheitsversorgung und Pflege** angewiesen. Doch die medizinische Versorgung ist in vielen ländlichen Regionen Deutschlands mit kontinuierlichen und wachsenden Herausforderungen konfrontiert: Einerseits steigt mit einem zunehmenden Bevölkerungsanteil älterer und multimorbider Menschen die Nachfrage nach ärztlicher und pflegerischer Versorgung. Andererseits schlägt sich die Alterung auch bei den in der Gesundheitsversorgung Beschäftigten nieder (siehe Langfassung Kapitel E 1.3).

Ein weiteres zentrales Thema für Menschen in ländlichen Räumen sind **Mobilität und der öffentliche Verkehr**. Ähnlich wie bei der Gesundheitsvorsorge unterscheidet sich hier die Zufriedenheit zwischen ländlichen und städtischen Regionen. In ländlichen Räumen ist der Pkw für den Großteil der dort lebenden Bürgerinnen und Bürger das Hauptverkehrsmittel. Öffentliche Mobilitätsangebote sind ein Teil der Daseinsvorsorge, da erst durch sie eine gesellschaftliche Teilhabe auch für diejenigen möglich ist, die aufgrund ihres Alters, ihrer Gesundheit, ihrer finanziellen Möglichkeiten oder auch aus persönlichen Präferenzen kein eigenes Auto zur Verfügung haben.

Gerade für ländliche Räume bleibt eine nachhaltige, bedarfsgerechte, effiziente, intelligente und für alle bezahlbare Mobilität eine beständige Aufgabe.

Um den öffentlichen Nahverkehr zu stärken und dessen Nutzung zu steigern, wurden in der 20. Legislaturperiode diverse Maßnahmen angestoßen (siehe Langfassung Kapitel E 1.5).

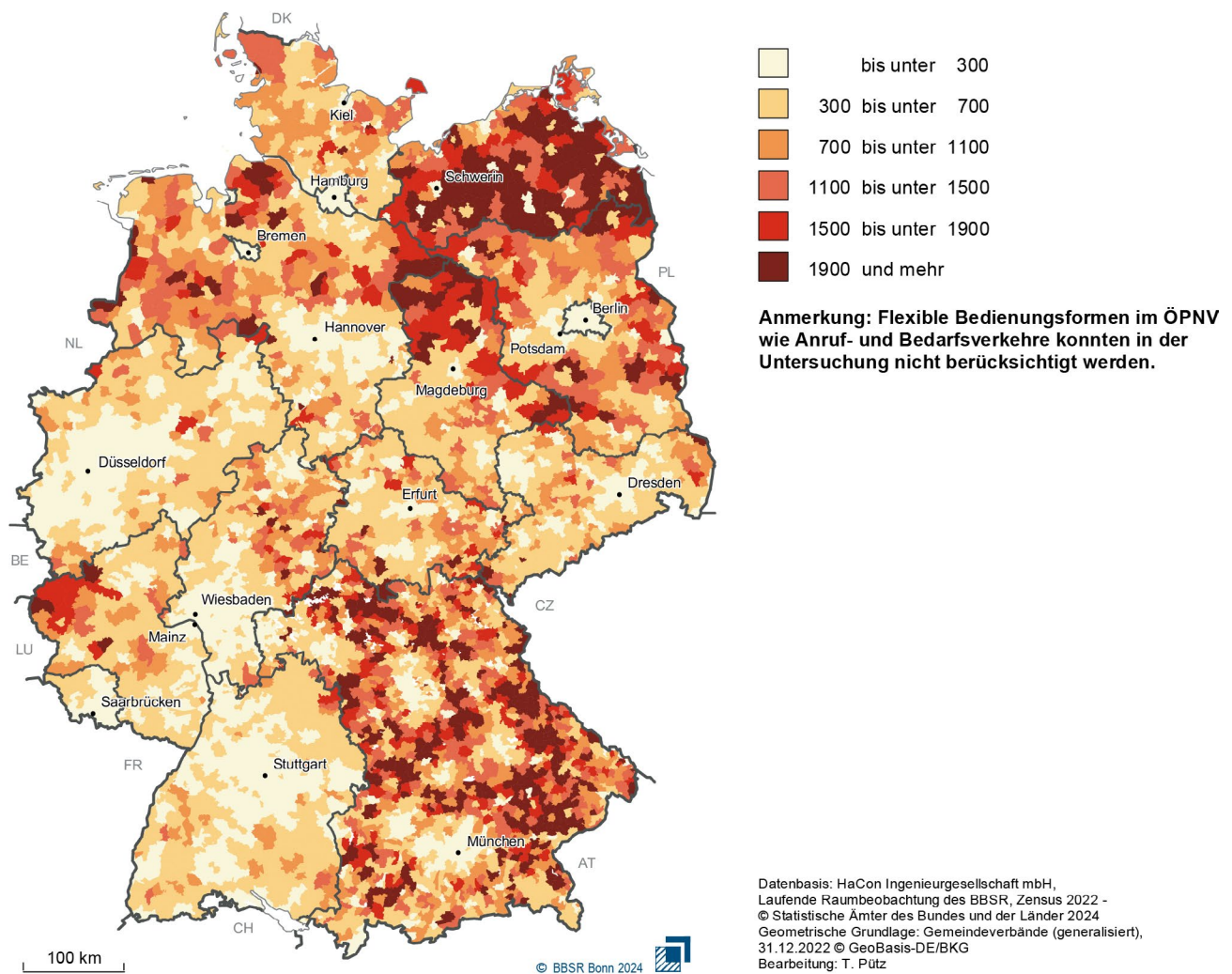
Die Bundesregierung hat das Ziel, überall leistungsfähige **digitale Infrastrukturen** zu ermöglichen, das heißt Glasfaser bis ins Haus und den neuesten Mobilfunkstandard. Für die Bürgerinnen und Bürger sollen Homeoffice, Streaming im ICE und Empfang in peripheren Räumen selbstverständlich und problemlos möglich sein.

Digitale Erreichbarkeit ist Voraussetzung für soziale und gesellschaftliche Teilhabe. Für die Wirtschaft und Unternehmen sind flächendeckende, hochleistungsfähige und sichere Netze ein zentraler Standortfaktor.

Wenn Wege weiter und Orte und Angebote der Daseinsvorsorge schwieriger erreichbar sind, kann eine gute und flächendeckende digitale Infrastruktur und Internetverfügbarkeit einen entscheidenden Ausgleich bieten (siehe Langfassung Kapitel E 1.6).

Das wohnortnahe **Bildungs- und Betreuungsangebot** gerät insbesondere in peripheren, von sinkenden Geburtenzahlen und Abwanderung betroffenen ländlichen Regionen unter Druck. Im Verlauf der letzten Jahre sind in ländlichen wie in urbanen Regionen sowohl die Betreuungsquoten der Kleinkinder als auch der Anteil der Ganztagsbetreuung angestiegen, auch wenn es bezüglich der Nachfrage weiterhin regionale Unterschiede gibt.⁹ Zur Daseinsvorsorge gehören auch **Angebote der Nahversorgung** wie Dorfläden, Dienstleistungen, Gaststätten oder soziale Treffpunkte und Gemeinschaftsorte.

Einwohnergewichtete durchschnittliche Distanz zur nächsten Haltestelle mit mindestens 20 werktäglichen Abfahrten in Metern, 2022



Quelle: BBSR (2024): Laufende Raumbewertung des BBSR, Zensus 2022

4. Gesellschaftlicher Zusammenhalt – starkes Engagement für Nachbarschaft, Wohnort und Demokratie

Noch mehr als in größeren Städten übernehmen in den Dörfern und Kleinstädten **engagierte Bürgerinnen und Bürger** wichtige Aufgaben und Funktionen, die unabdingbar für das gesellschaftliche Zusammenleben sind. Eine rege Zivilgesellschaft bildet einen wichtigen Baustein einer lebendigen, vielfältigen Demokratie.

„Die regionalen Lebensverhältnisse – und wie sie in ländlichen Räumen von der Bevölkerung vor Ort wahrgenommen werden – können die Zufriedenheit mit demokratischen Institutionen in Deutschland beeinflussen. Gleichwertige Lebensverhältnisse stellen ein hohes politisches Ziel in Deutschland dar und sind wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und gegen ‚Gefühle des Abgehängtseins‘.“

Quelle: Stellungnahme des Sachverständigenrats Ländliche Entwicklung beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft „Demokratiestärkung in ländlichen Räumen vor dem Hintergrund rechts-extremistischer Demokratiegefährdung“, Juni 2024

Engagement verändert sich, auch auf dem Land. Vereine bleiben zwar die wichtigste Organisationsform, doch kommt nicht selten auch ein eher kurzfristiges und zeitlich begrenztes Engagement hinzu. Der demografische Wandel stellt vor allem kleinere Vereine und Initiativen auf dem Land, verstärkt in den strukturschwachen Regionen, vor große Herausforderungen, insbesondere wenn es um die Nachfolge in Leitungsfunktionen geht. Auch in der Lokal- und Kommunalpolitik – der Basis unserer Demokratie – scheint es zunehmend schwieriger zu werden, Menschen für ein längerfristiges Engagement zu gewinnen.

Engagement ist kein Selbstläufer. Aufgabe der Politik ist es, für **gute Rahmenbedingungen** zu sorgen. Eine wichtige Rolle für die ländlichen Räume spielt die von drei Bundesressorts getragene **Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt**, die 2020 an den Start gegangen ist und sich seitdem als verlässliche Partnerin für Aktive und Engagierte insbesondere in ländlichen und strukturschwachen Räumen etabliert hat (siehe Langfassung Kapitel E 1.7).

Im Laufe der Legislaturperiode hat der Bund einige Vorhaben zur **Stärkung der Demokratie** und zur **Verbesserung der Teilhabe** vorangetrieben (siehe Langfassung Kapitel E 1.7). Demokratieförderung beschränkt sich jedoch nicht allein auf explizite „Demokratievorhaben“. Indem die Bundesregierung in ihren politischen Vorhaben – wie Gesundheitsversorgung, Energiewende, Mobilitätswandel – auch auf die regional unterschiedlichen Strukturen und Bedürfnisse hört und dies in ihre Entscheidungsprozesse einfließen lässt, stärkt sie zugleich das Vertrauen in die Demokratie.

Eine Politik für gleichwertige Lebensverhältnisse ist immer auch eine Politik für mehr gesellschaftliche Teilhabe und Zusammenhalt.

Gute Lösungen entstehen dadurch, dass sich Menschen in ihren örtlichen Realitäten und mit ihren Lebensentwürfen in den Entscheidungen wiederfinden und mitgenommen fühlen. Viele **wichtige Zukunftsfragen** werden sich in ländlichen Räumen entscheiden: die Energiewende und die Transformation des Verkehrs, der demografische Wandel, der ökologische Umbau und die Zukunft der Landwirtschaft, aber auch die **Vitalität der Demokratie**. Das heißt für die öffentliche Hand und die Bundesregierung, dass sie zur Gestaltung dieser Transformationsthemen auch genau dort **präsent und sichtbar** sein muss und gleichzeitig die lokalen Akteure – die Kommunen – weiter stärken muss.

Denn Demokratie und Zusammenhalt wachsen aus den lokalen Verhältnissen.

E

Handlungsfelder für
ländliche Regionen

E. Handlungsfelder für ländliche Regionen

Kapitel E des Regierungsberichts (Langfassung) stellt konkrete Maßnahmen und Vorhaben der Bundesregierung für die ländlichen Räume in den drei Handlungsfeldern – Wohn- und Lebensräume, Wirtschafts- und

Innovationsräume und Landschafts- und Erholungsräume – zusammenfassend dar. Zudem benennt das Kapitel die Aktivitäten der Bundesregierung zu Finanzen, Förderung und Forschung für ländliche Entwicklung.

1. Wohn- und Lebensräume

1.1 Raum- und Ortsentwicklung/Planungsinstrumente ländliche Entwicklung

Die Konkurrenz um Flächen hat auch in ländlichen Räumen zugenommen. Dabei sind in den letzten Jahrzehnten in Deutschland die Siedlungs- und Verkehrsfläche sowie die Waldfläche meist zulasten der Landwirtschaftsfläche gewachsen. Bis 2030 werden wegen politischer Ziele wie verstärkter (bezahlbarer) Wohnungsneubau oder Ausbau der Infrastruktur für erneuerbare Energien Flächen-nutzungsansprüche steigen. Gleichzeitig gewinnt die Gewährleistung der ökologischen Schutzfunktionen des Raums weiter an Gewicht. Notwendig ist die Sicherung von Flächen für den Biodiversitäts- und Klimaschutz

sowie für die Anpassung an den Klimawandel und die Hochwasservorsorge. Somit **entstehen vor allem in ländlichen Regionen verstärkte Flächennutzungskonkurrenzen**, die durch sorgfältige planerische Abwägung und, soweit möglich, durch die Schaffung von Synergien und Mehrfachnutzungen von Flächen gelöst werden sollten.¹⁰

Der Bund hat in der aktuellen Legislaturperiode u.a. das Raumordnungsgesetz novelliert, die Planungsinstrumente der ländlichen Entwicklung gebündelt und eine Kleinstadtakademie geschaffen.

Projektbeispiel

Verbundvorhaben ReGerecht – Integrative Entwicklung eines gerechten Interessenausgleichs zwischen Stadt, städtischem Umland und ländlichem Raum

Stadt und Land werden oftmals als Gegensatz gesehen. Doch vielfach gelingen die Flächenplanung und die Entwicklung von Infrastrukturen nur gemeinsam. Ziel des **Verbundes ReGerecht** ist der gerechte **Interessenausgleich für verschiedene Nutzungsansprüche** an Flächen am Beispiel der Region Westmecklenburg. Gemeinsam erarbeiten Partner aus Wissenschaft und Praxis innerhalb von fünf Jahren Lösungen, um Konflikte zwischen Stadt, Umland und ländlichen Räumen abzubauen und neue Wege für den Interessenausgleich zu etablieren. Im Zentrum stehen dabei die unterschiedlichen Nutzungsansprüche an Land, Veränderungen von Standortqualitäten durch Infrastrukturen und Digitalisierung sowie die mögliche Vernetzung von Energieproduktion und -verbrauch.

Gerechtigkeit von Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen wird dabei als zentraler Aspekt für nachhaltige regionale Entwicklung herausgearbeitet. Damit werden insbesondere auch Akteursgruppen der ländlichen Räume auf Augenhöhe in die gerechte regionale Entwicklung eingebunden.

→ <https://regerecht.de/>

1.2 Wohnen und Bauen

Ein- und Zweifamilienhäuser im selbstgenutzten Eigentum sind bestimmend für das Wohnbild ländlicher Räume. Wohnen und die Ansprüche an Wohnraum verändern sich auch auf dem Land.

Vielerorts fehlt es an Wohnraum für Haushalte jenseits der Kernfamilie mit kleinen Kindern, beispielsweise für alleinlebende Ältere oder junge Menschen, die aus dem Elternhaus ausziehen möchten. Mietwohnungen gibt es in höherem Maße nur in Klein- und Mittelstädten sowie in den ostdeutschen Bundesländern.

Indikatoren zum Wohnen nach Raumtypen, 2022

Raumtyp gemäß Thünen-Typologie	Anteil Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern	Anteil Wohnungen von Eigentümer*in bewohnt ¹¹	Anteil leerstehender Wohnungen ¹²	Durchschnittliche Nettokaltmiete
Ländlich insgesamt	60 %	52 %	5 %	6,3 €/m²
Sehr ländlich/söL* weniger gut	66 %	54 %	6 %	5,6 €/m ²
Sehr ländlich/söL* gut	67 %	57 %	5 %	6,5 €/m ²
Eher ländlich/söL* gut	56 %	52 %	4 %	7,6 €/m ²
Eher ländlich/söL* weniger gut	54 %	46 %	7 %	5,8 €/m ²
Nicht-ländlich	27 %	31 %	4 %	7,7 €/m²
Deutschland insgesamt	46 %	43 %	5 %	7,3 €/m²

*söL = sozioökonomische Lage

Quelle: Berechnungen Thünen-Institut 2024 auf Basis des Zensus 2022 und der Thünen-Typologie (Küpper 2016)

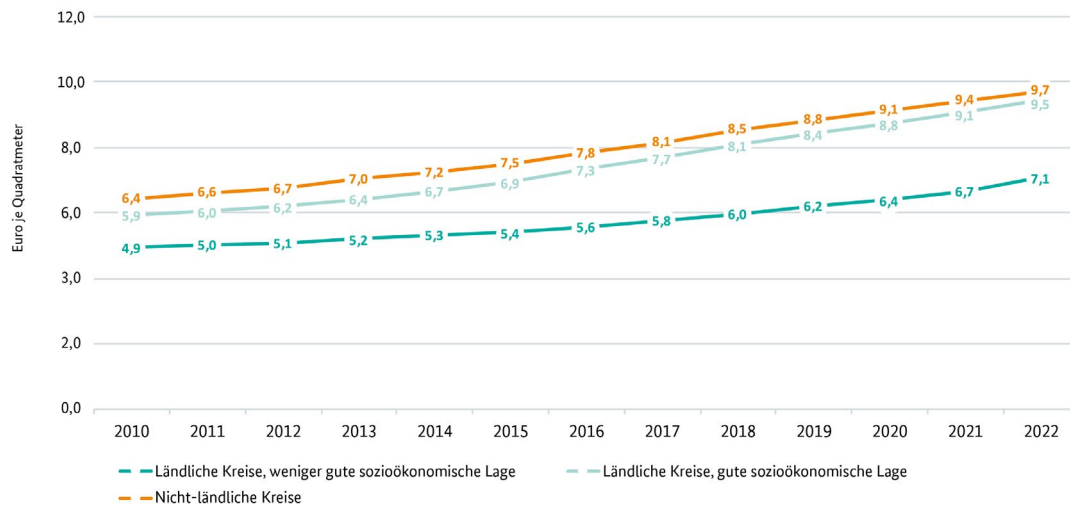
Ländliche Regionen sind außerhalb der Kernstädte von Klein- und Mittelstädten überwiegend durch eine aufgelockerte Wohnbebauung gekennzeichnet. Der **Anteil der Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern** an allen Wohneinheiten lag 2020 in sehr ländlichen Räumen bei 64 Prozent, in eher ländlichen Räumen bei 52 Prozent und in Ballungsräumen und größeren Städten bei 31 Prozent.¹³ Der Großteil dieser Gebäude wird von den Eigentümerinnen und Eigentümern selbst bewohnt.

Wohnungsmieten und Immobilienpreise sind in ländlichen Räumen größtenteils günstiger als in Großstädten und im großstädtischen Umland. Allerdings **stiegen die**

Angebotsmieten, also die Wiedervermietungsmieten inserierter Wohnungen, zwischen 2010 und 2022 in sehr ländlichen Räumen um 52 Prozent und in eher ländlichen Räumen um 50 Prozent (in Ballungsräumen und Großstädten zum Vergleich: 51 Prozent).¹⁴ Auch bei den **Baulandpreisen** gab es in allen Raumtypen seit Mitte der 2010er Jahre starke Zuwächse.

Der Bund hat u. a. eine Analyse der ländlichen Immobilienmärkte in Deutschland beauftragt, hat ein „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“ gegründet und fördert die energetische Sanierung, den altersgerechten Umbau und den sozialen Wohnungsbau.

Entwicklung der Mietpreise (Wiedervermietungsmiten), nach Thünen-Raumtypen, 2010 bis 2022, in Euro pro Quadratmeter



Quelle: Berechnungen Thünen-Institut 2024 auf Basis von inkar.de und der Thünen-Typologie (Küppler 2016)

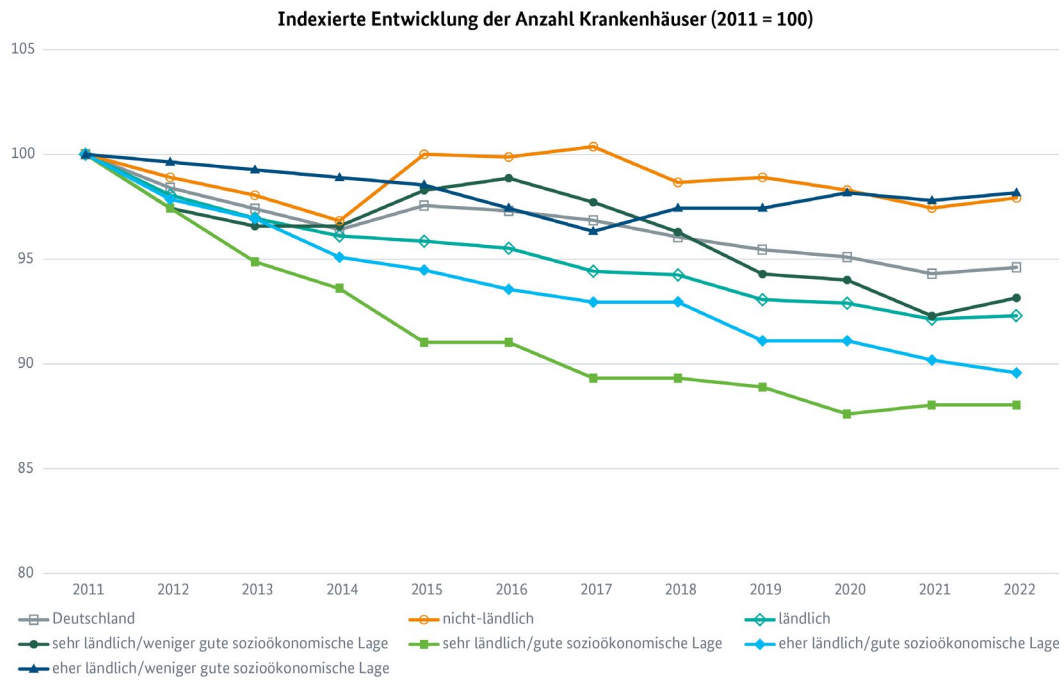
1.3 Gesundheit und Pflege

Gesundheitsversorgung und Pflege werden in vielen ländlichen Regionen Deutschlands mit kontinuierlichen und wachsenden Herausforderungen konfrontiert. Ursächlich ist vor allem die **Alterung der Gesellschaft**. Ein wachsender Bevölkerungsanteil älterer und multimorbider Menschen geht zum einen mit einer steigenden Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen, ärztlicher und pflegerischer Versorgung einher. Solche demografische Veränderungen zeigen sich in manchen ländlichen Regionen, insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern, besonders tiefgreifend. Zum anderen schlägt sich die Alterung auch bei den in der Gesundheitsversorgung Beschäftigten nieder.

Aufgrund des demografischen Wandels werden der Altersdurchschnitt und damit die potenzielle Nachfrage nach pflegerischen Leistungen in ländlichen Regionen voraussichtlich schneller steigen als in urbanen Räumen. Schon heute ist in vielen ländlichen Räumen der Anteil der Älteren ab 75 Jahren höher. Insofern kommt dem bedarfsgerechten Ausbau der **pflegerischen Infrastruktur** in ländlichen Räumen eine große Bedeutung zu.

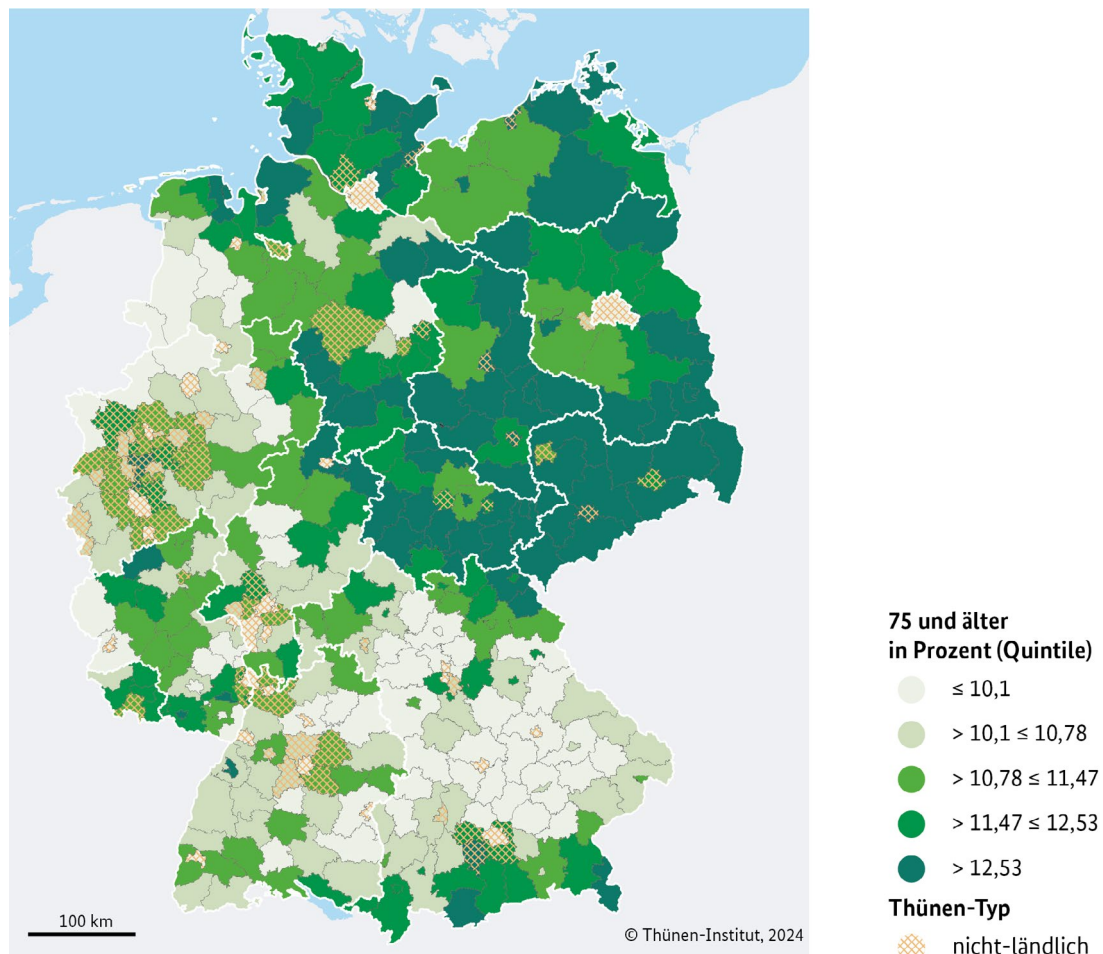
Der Bund arbeitet zusammen mit Ländern, Sozialversicherungen und Kassenärztlichen Vereinigungen sowie über gesetzliche und finanzielle Maßnahmen an der Sicherstellung einer auch in der Fläche erreichbaren und hochwertigen Gesundheits- und Pflegeversorgung.

Indexierte Entwicklung der Anzahl der Krankenhäuser von 2011 bis 2022 (2011 = 100)



Quelle: Eigene Berechnungen des Thünen-Instituts 2024, auf Basis der Krankenhausstatistik (regionalstatistik.de) und der Thünen-Typologie (Küpper 2016)

Anteil der Bevölkerung 75 Jahre und älter auf Kreisebene, in Quintilen für das Jahr 2022



Quelle: Thünen-Landatlas 2024

1.4 Kinderbetreuung und Bildung, Sport und Kultur

Kinderbetreuungs- und Bildungsangebote in unmittelbarer Nähe des Wohnorts tragen nicht nur zur individuellen Lebensqualität bei, sondern sind auch **wichtige Standortfaktoren**, die Familien und junge Fachkräfte dazu ermutigen, in ländlichen Gebieten zu bleiben oder dorthin zu ziehen. In einigen Regionen geraten diese Einrichtungen aufgrund von geringen Geburtenraten, Abwanderung und Fachkräftengruppen zunehmend unter Druck und es bedarf neuer

Ideen, um Angebote aufrechterhalten zu können. Als Folge demografischer Entwicklungen ist die Zahl der Allgemeinbildenden Schulen in Deutschland zwischen 1992 und 2022 durch Schließung und Zusammenlegung um ein Viertel zurückgegangen¹⁵, besonders stark in strukturschwachen ländlichen Regionen.¹⁶ Dennoch ist die Schulversorgung in den ländlichen Räumen Deutschlands gewährleistet, wenn auch oft nicht mehr so wohnortnah wie früher.

Durchschnittliche Wegezeiten zu verschiedenen Schulformen in Minuten

	Zu Fuß		Fahrrad		Pkw	
	Ländlich	Nicht-ländlich	Ländlich	Nicht-ländlich	Ländlich	Nicht-ländlich
Grundschule	44	20	15	7	5	3
Sekundarschule I	72	37	24	13	7	4
Sekundarschule II	112	53	37	18	11	6

Quelle: Thünen-Landatlas 2024

Das Angebot an kulturellen Einrichtungen wie Museen oder Theatern ist zunehmend gewachsen. In ländlichen Regionen ist das kulturelle Angebot jedoch teilweise eingeschränkt und bietet weniger Möglichkeiten der Teilhabe und persönlichen Entwicklung. Insbesondere die fortschreitende Digitalisierung erweitert das Spek-

trum an Möglichkeiten kultureller Bildung auch in ländlichen Räumen erheblich und bringt neue Akteure hervor. Der Bund unterstützt u. a. den Ausbau der Ganztagsbetreuung von Kindern im Grundschulalter sowie die Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur.

Projektbeispiel

MINT:ZE – MINT:Zukunft.Erleben. Wissen von Heute für unser südniedersachsen von Morgen.

Übergeordnetes Ziel des Verbundprojekts MINT:ZE ist es, die Region Südniedersachsen als MINT-Bildungsregion (MINT steht für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) für Kinder und Jugendliche von 6 bis 18 Jahren sichtbarer und attraktiver zu machen. Dazu sollen bestehende außerschulische MINT-Bildungsangebote in der Region u. a. über eine digitale Lernplattform miteinander vernetzt, in den Kontext einer Bildung für nachhaltige Entwicklung gestellt und kommuniziert werden. Außerdem werden Bildungsangebote über die Plattform durchgeführt, Selbstlernangebote sowie Mikrofortbildungen für die regionalen MINT-Akteurinnen und -Akteure sowie -Mentorinnen und -Mentoren integriert. In partizipativen Angeboten und Veranstaltungen werden Einblicke in Praxis und Wissenschaft ermöglicht und so eine individuelle berufliche Orientierung gefördert. Ein MINT-Mobil und ein Mathe-Mobil bringen Experimentierangebote in die ländlichen Räume und ermöglichen niedrigschwelligen und angeleiteten Zugang zu Wissenschaft und Forschung. MINT-Tage und -Ferienangebote ergänzen das Portfolio.

→ <https://www.suedniedersachsenstiftung.de/projekte/mintze/>

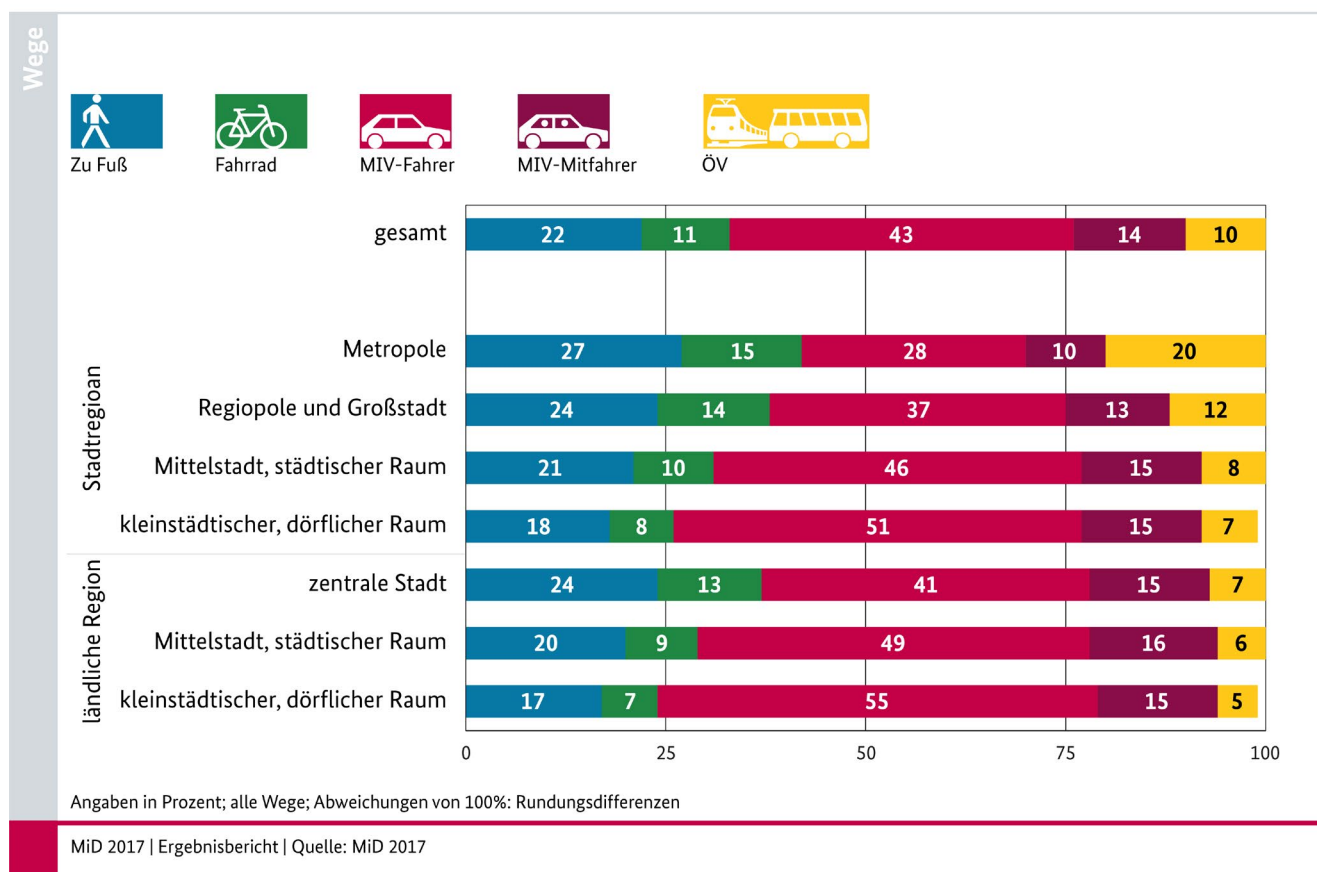
1.5 Mobilität und Erreichbarkeit/Nachhaltige Mobilität

Inklusive und bezahlbare Mobilitätsangebote sind wichtig für lebenswerte Städte und Gemeinden in Deutschland. In ländlichen Räumen ist der Pkw für den Großteil der dort lebenden Bürgerinnen und Bürger das Hauptverkehrsmittel. Bis zu 70 Prozent der Wege werden mit dem Pkw zurückgelegt. Allerdings gibt es Unterschiede: Vor allem in dünn besiedelten Regionen sind viele Ziele fußläufig, mit dem Fahrrad oder dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) nicht oder nur vergleichsweise schlecht zu erreichen, weil die Wege zu lang sind, die Fuß- und Radverkehr-

sinfrastruktur unzureichend ausgebaut sowie das ÖPNV-Angebot lückenhaft ist. So ist beispielsweise der Busverkehr oftmals vor allem auf den Schulverkehr abgestimmt, da ein klassisches ÖPNV-Angebot angesichts der geringen und dispersen Nachfrage dort kaum wirtschaftlich angeboten werden kann.

Der Bund unterstützt u. a. den ÖPNV in Regionen und Gemeinden, den bedarfsgerechten Ausbau der Bundesverkehrswege, ländlicher Verbindungen und Radwege sowie die Ladeinfrastruktur für die Elektromobilität.

Modal Split des Verkehrsaufkommens nach Raumtyp



Quelle: Bundesministerium für Digitales und Verkehr (Hrsg.) (2018)¹⁷

1.6 Ausbau digitaler Infrastruktur

Der Mobilfunk- und Breitbandausbau in ländlichen Räumen ist inzwischen weit vorangeschritten. Trotzdem besteht noch immer ein **Stadt-Land-Gefälle**, das bei den höheren Bandbreitenkategorien am deutlichsten zutage tritt. So steht Mitte 2024 eine Breitbandversorgung, mittels aller verfügbaren Technologien, von mindestens 50 Mbit/s

für alle Haushalte in städtischen und ländlichen Gemeinden zur Verfügung.¹⁸ Im Vergleich dazu waren über 86 Prozent der Haushalte in städtischen Gemeinden mit gigabitfähigem Breitband (mindestens 1.000 Mbit/s) versorgt, während nur knapp 36 Prozent der ländlichen Haushalte einen gigabitfähigen Breitbandanschluss hatten.

Projektbeispiel

Modellvorhaben Smarte.Land.Regionen

Erste digitale Anwendungen, die im Projekt entwickelt wurden, stehen bereits zur Verfügung. Zum Beispiel „kuubu – einfach.engagiert.entdecken“ (<https://www.kuubu-vg.de>), die im Landkreis Vorpommern-Greifswald erfolgreich umgesetzt wurde. Ziel von kuubu ist es, Kultureinrichtungen, Vereine oder ehrenamtlich Engagierte mit den Kitas des Landkreises Vorpommern-Greifswald zu verbinden, ohne dass erst weite Wege zurückgelegt werden müssen. Das Fraunhofer-Institut IESE hat im Projekt ein digitales Ökosystem, das heißt einen digitalen Marktplatz (<https://www.deutschlanddigital.org>) entwickelt. Grundsätzlich steht der Marktplatz allen Landkreisen zur Verfügung. Die Besonderheit des Marktplatzes ist seine bundesweite zentrale Verfügbarkeit sowie die schnelle und einfache Suche nach und Vermittlung von qualitätsgesicherten und bedarfsgerechten digitalen Lösungen und Beratungen. Er ist „der eine Marktplatz“ für alle Landkreise. Mit dem Angebot eines „Toolsets“ (<https://www.toolset-landkreise.digital>) hat das Fraunhofer-Institut im Auftrag des Bundes ein Angebot für Kommunen entwickelt. Hier werden Handlungsempfehlungen, Methoden, Leitfäden und Erfahrungen gesammelt und interessierten kommunalen Akteuren zur Verfügung gestellt.

→ www.bmel.de/smartelandregionen

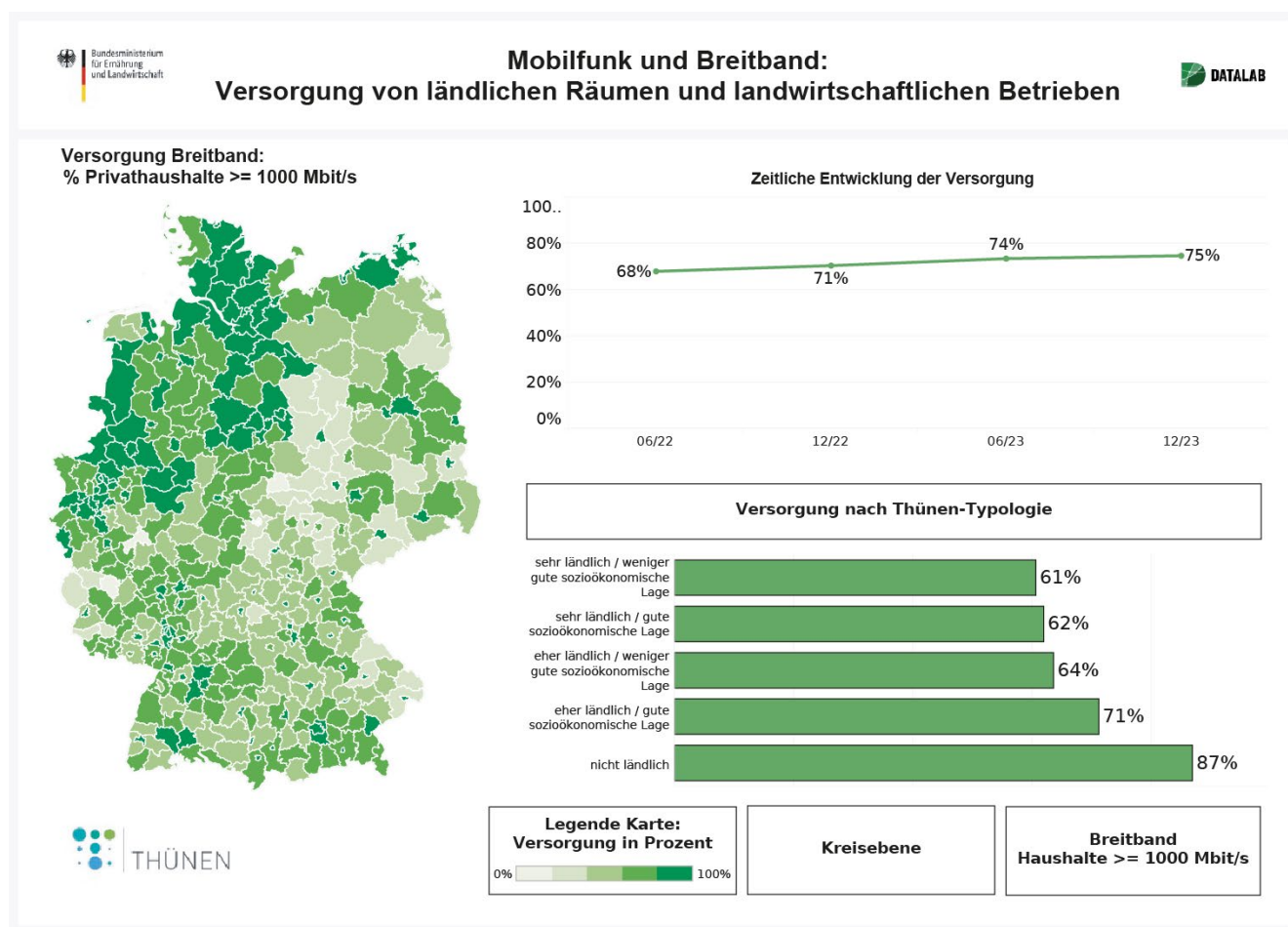
Um diese Lücken zu schließen, fördert die Bundesregierung gezielt dort den Ausbau, wo eigenwirtschaftliche Projekte nicht möglich sind.

Denn die flächendeckende Versorgung mit leistungsfähigem Mobilfunk und Gigabitanschlüssen ist die Grundlage, um die Möglichkeiten und Chancen der Digitalisierung zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen nutzen zu können.

Gleichzeitig sind gewerbliche Unternehmen, Land- und Forstwirtschaft sowie Verwaltungen auf gute digitale Anbindung angewiesen, um von neuen digitalen Anwendungen profitieren zu können. Eine gute Breitband- und Mobilfunkversorgung unterstützt darüber hinaus die Digitalisierung der Arbeitswelt, etwa das mobile, ortsunabhängige Arbeiten im Homeoffice oder Co-working Space und damit die freie Wahl der Wohn- und Arbeitsstätte.

Der Bund unterstützt u. a. den flächendeckenden Ausbau hochleistungsfähiger Glasfaser- und Mobilfunknetze und digitaler Anwendungen, wo sich dies eigenwirtschaftlich für die Anbieter nicht lohnt.

Dashboard Mobilfunk und Breitbandversorgung ländliche Räume und landwirtschaftliche Betriebe



Quelle: BMEL Datenlabor (2024)

<https://public.tableau.com/app/profile/datenlabor.bmel/viz/BreitbandMobilfunk/Dashboard>

1.7 Ehrenamt und freiwilliges Engagement/Demokratieförderung

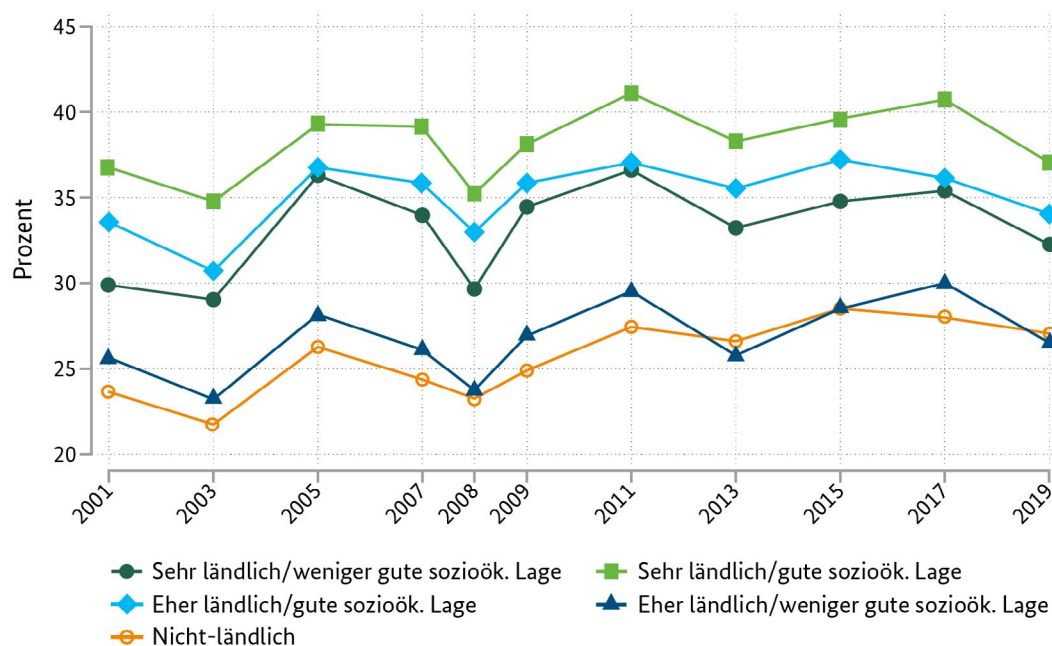
In ländlichen Gebieten engagierten sich im Jahr 2019 laut dem sozio-oekonomischen Panel (SOEP) mit 32,2 Prozent mehr Menschen als in nicht-ländlichen Räumen mit 27,1 Prozent.¹⁹ Je nach Ländlichkeit und sozioökonomischer Lage zeigen sich in ländlichen Räumen jedoch **deutliche Unterschiede im Engagement**.

Je höher der Grad der Ländlichkeit, desto höher auch das Engagement.

Gerade in Regionen mit weniger guter sozioökonomischer Grundsituation braucht es die Engagierten. Denn sie sind es, die in ländlichen, insbesondere in strukturschwachen ländlichen Regionen einen wichtigen Beitrag zu einem funktionierenden Gemeinwesen leisten können. Egal ob Bibliothek, Bürgerbus, Tafel oder Freibad – die Engagierten ergänzen staatliche Angebote und tragen zur Aufrechterhaltung der Strukturen des Gemeinwesens bei.

Der Bund unterstützt im Rahmen seiner neuen **Engagementstrategie** modellhaft und strukturell sowie über die **Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt** eine Vielfalt ländlicher Engagementformen.

Anteile ehrenamtlich Engagierter nach Thünen-Typen, 2001 bis 2019



Anm.: Fragewortlaut: „Nun einige Fragen zu Ihrer Freizeit. Geben Sie bitte zu jeder Tätigkeit an, wie oft Sie das machen: täglich, mindestens 1 mal pro Woche, mindestens 1 mal pro Monat, seltener oder nie? – Ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten“. Lesebeispiel: 42,1 Prozent der Befragten in Räumen des Thünen-Typs 2 (sehr ländlich und gute sozioökonomische Lage) gaben 2011 an, sich ehrenamtlich zu engagieren. Bei der Interpretation ist zu beachten, dass die Y-Achse nicht bei 0, sondern bei 20 Prozent beginnt. Dadurch können Unterschiede größer wirken, als sie sind.

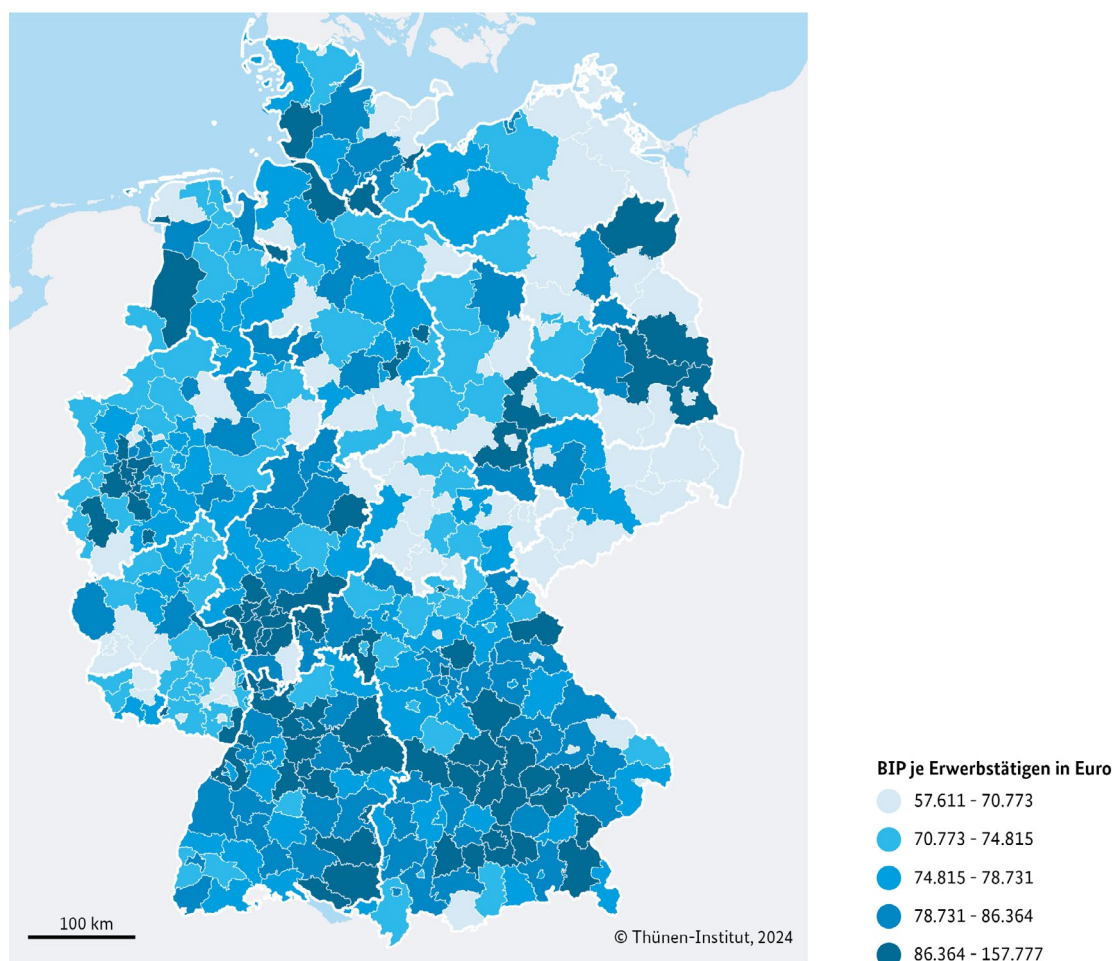
Quelle: Kühn, M.; Kleiner, T.-M. (2023)²⁰

2. Wirtschafts- und Innovationsräume

Das schwierige konjunkturelle Fahrwasser, in dem sich die deutsche Volkswirtschaft befindet, spiegelt sich auch in der Wirtschaftslage und Arbeitsmarktsituation vor Ort in den ländlichen Regionen wider. Von steigenden Energiepreisen, hohen Inflationsraten sowie merklich gestiegenen Zinsen waren Haushalte und Unternehmen nahezu flächendeckend betroffen. Hinzu kommt die verstärkt das Erwerbspersonenpotenzial reduzierende demografische Entwicklung. Der merkliche, bundesweite **Rückgang des Arbeitskräfteangebots** steht noch bevor: Bis zum Jahr 2035 dürfte nach aktuellen Projektionen das Erwerbspersonenpotenzial von 49,8 Millionen (2022) um 3,8 Millionen Personen auf 46 Millionen Personen sinken.²¹ Dem Arbeitsmarkt stehen damit perspektivisch deutlich weniger potenzielle Arbeitskräfte zur Verfügung als aktuell. Regional bestehen weiterhin starke Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sowie in der Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Arbeitsproduktivität (als BIP je Erwerbstätigen) ist in

ländlichen Regionen von 2000 bis 2020 preisbereinigt um 12 Prozent gestiegen; damit war der Anstieg stärker als in den Ballungsräumen (3 Prozent). Diese Aufholerfolge können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Arbeitsproduktivität in ländlichen Regionen mit 78.800 Euro BIP je Erwerbstätigen (2022) nach wie vor nur rund 86 Prozent des Niveaus der Ballungsräume (91.800 Euro BIP je Erwerbstätigen) erreicht – der Abstand verringerte sich jedoch gegenüber dem Jahr 2000 um 8 Prozentpunkte.

Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Erwerbstätigen auf Kreisebene, 2022



Quelle: Thünen-Institut, Datenbasis: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, AK VGRdL (2024), Klassenabgrenzung: Quantile (gleiche Anzahl von Merkmalsträgern [hier: Landkreise und kreisfreie Städte] je Klasse)

2.1 Fachkräftesicherung

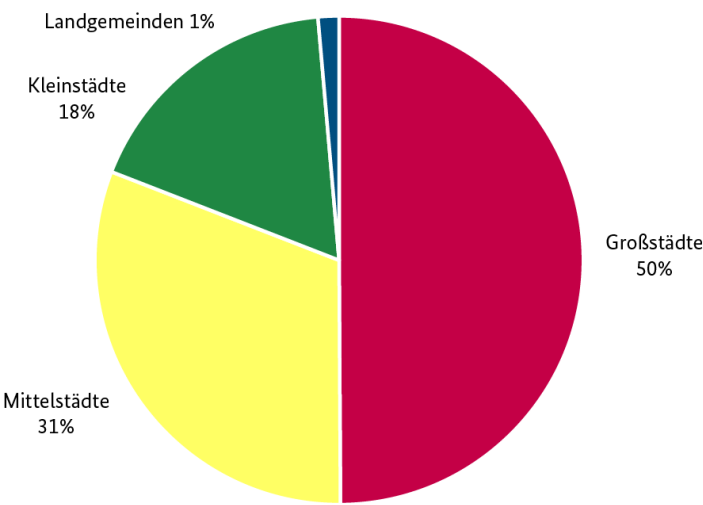
Die Anzahl offener Stellen hat sich im Zeitraum von 2013 bis 2022 deutschlandweit etwa verdoppelt. Die Arbeitsmarktingpässe sind in ländlichen Räumen im Mittel etwa 20 Prozent höher als in nicht-ländlichen Räumen, wobei der Anteil offener Stellen in sehr ländlichen Regionen mit weniger guter sozioökonomischer Lage am höchsten ist.

Für ihre künftige Entwicklung ist es für die ländlichen Räume daher vor dem Hintergrund des rückläufigen Arbeitskräfteangebots entscheidend, im Wettbewerb um Arbeitskräfte – insbesondere auch im Vergleich zu den Ballungsräumen – attraktiv zu bleiben beziehungsweise an Attraktivität zu gewinnen.

Der demografische Wandel, die weiter voranschreitende Digitalisierung sowie die Maßnahmen zur Dekarbonisierung stellen die **Fachkräftesicherung** in Deutschland in den kommenden Jahren vor zwei zentrale Herausforderungen. Zum einen dürften die **Fachkräfteengpässe in einigen Branchen und Regionen** zunehmen, während gleichzeitig in anderen Branchen und Regionen vermehrt **Arbeitsplätze abgebaut** werden könnten. Eine vorausschauende Fachkräftesicherung ist eine der wichtigsten nationalen Herausforderungen und ist mehr denn je eine zentrale Aufgabe der Arbeitsmarktpolitik, aber auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Der Bund unterstützt u. a. im Rahmen einer branchenübergreifenden Fachkräftestrategie mit einem Bündel von Maßnahmen und über ein Kompetenzzentrum die Fachkräftesicherung insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen.

Prozentuale Verteilung der seit 2019 geschaffenen neuen Arbeitsplätze des Bundes in strukturschwachen Regionen (entsprechend GRW-Abgrenzung) nach Gemeindegröße.



Quelle: Bundesministerium des Innern und für Heimat (2024): Ressortabfrage der Clearingstelle zum Stichtag 31.12.2023, aktualisiert um Nachmeldungen

2.2 Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsförderung

Als Resultat des fortschreitenden **Strukturwandels** entfällt der größte Anteil der Erwerbstätigen auch in ländlichen Räumen auf die verschiedenen **Dienstleistungsbe-**
reiche. Zwar sind in den ländlichen Räumen **Agrar- und Forstwirtschaft sowie Fischerei**, das heißt der primäre Sektor, konzentriert. Die Bedeutung für die Beschäfti-

gung insgesamt ist mit einem Anteil von 2,1 Prozent an den Erwerbstätigen jedoch begrenzt und im Vergleich zu 2000 rückläufig. Die Anteile des **produzierenden Sektors** sind dagegen in den ländlichen Räumen deutlich höher als in den Ballungsräumen.

Entwicklung der Sektoralstruktur (Anteil der Erwerbstätigen in Prozent) ländlicher und nicht-ländlicher Räume, 2000 bis 2022

Sektor/Raumtyp	Ländliche Räume		Nicht-ländliche Räume	
	2000	2022	2000	2022
Primärer Sektor/Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	3,3 %	2,1 %	0,4 %	0,3 %
Sekundärer Sektor/produzierendes Gewerbe	33,0 %	29,8 %	23,4 %	17,2 %
Tertiärer Sektor/Dienstleistungen	63,7 %	68,1 %	76,1 %	82,5 %

Quelle: Thünen-Institut, Datenbasis: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (AK ETR, 2024), Raumabgrenzung: Thünen-Typologie

Da Regionen sich unter anderem hinsichtlich ihrer natürlichen Standortbedingungen, ihrer Innovationskraft und -fähigkeit, ihrer Arbeitskräftesituation sowie der Branchen- und Größenstruktur ihrer Wirtschaft unterscheiden, verläuft auch die Anpassung an notwendige Prozesse des Strukturwandels nicht einheitlich.

Der Bund unterstützt strukturschwache Regionen insbesondere über die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) und den gerade für ländliche Regionen bedeutsamen Mittelstand über ein Bündel an mittelstandspolitischen Instrumenten, Gründungsförderung und Schritte zur Bürokratieentlastung sowie den Agrarbereich über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK).

2.3 Regionale Wertschöpfung

Vor dem Hintergrund der Dezentralisierung der Energieerzeugung, Veränderungen der (digitalen) Arbeitswelt oder auch wachsender Ansprüche an die Qualität von Lebensmitteln ist ländlichen Räumen eine besondere Bedeutung für die **Erschließung regionaler Wertschöpfungsimpulse** beizumessen.

Regionale Wertschöpfungsketten bieten nicht nur Chancen für den Klimaschutz und bessere Erzeugerpreise, sondern auch für den **Erhalt und den Aufbau von Verarbeitungsstrukturen** in ländlichen Räumen. Regio-

nal erzeugte, verarbeitete und vermarktete Lebensmittel erhöhen die Wertschöpfung in der Region und können insbesondere für ländliche Regionen **kulturelle Identität** stiften. Nachhaltig und regional erzeugte Lebensmittel sind zudem ein wichtiger Schlüssel für krisenfeste und zukunftssichere Ernährungssysteme.

Der Bund unterstützt die regionale Wertschöpfung u. a. in den Bereichen regionale Lebensmittel, biobasierte Wirtschaft und erneuerbare Energien.

2.4 Innovationen

Um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und damit die Lebensqualität in ländlichen Regionen zu verbessern, ist die **Stärkung des Innovationsgeschehens** vor Ort besonders relevant.

Die Innovationsförderung trägt dazu bei, Regionen langfristig zu stärken und attraktive Arbeitsplätze unter besonderer Berücksichtigung regionaler Potenziale zu schaffen.

Der Bund fördert Innovationen in zahlreichen Bereichen, die für die Menschen und Unternehmen in ländlichen Räumen von besonderer Bedeutung sind, u. a. in der kommunalen Daseinsvorsorge, der digitalen Gesundheitsversorgung, der regionalen Wertschöpfung und Kreislaufwirtschaft, bei Sozialen Innovationen, bei der Flächennutzung, beim Umgang mit dem demografischen Wandel oder in der KI-Anwendung in kleinen und mittleren Unternehmen und in der Landwirtschaft.

Ebenso stellen maßgeschneiderte Innovationen – dabei kann es sich sowohl um technische als auch um Soziale Innovationen handeln – eine Chance dar, um die Herausforderungen des Strukturwandels vor Ort zu bewältigen. Die anstehenden Transformationsprozesse erfordern auch in ländlichen Regionen rasche Antworten und konkrete Umsetzungsschritte.

3. Landschafts- und Erholungsräume

Kultur- und Naturlandschaften prägen ländliche Regionen und haben eine herausragende Bedeutung für die natürliche und durch menschliche Nutzung geprägte Biodiversität.

Sie erbringen viele Ökosystemleistungen, die gleichzeitig gefährdet sind. Dazu gehören natürliche Ressourcen, die nachhaltige Ausrichtung der Erzeugung von Nahrungsmitteln und erneuerbaren Energien, die Bereitstellung von Trinkwasser, Erholung und Tourismus sowie Biodiversität und Natürlicher Klimaschutz.

3.1 Nachhaltige Land- und Forstwirtschaft

Rund die Hälfte der Fläche Deutschlands wird als Acker, Grünland oder für Sonderkulturen landwirtschaftlich genutzt. Etwa ein Drittel ist von Wäldern bedeckt. Nur gut 2 Prozent sind Gewässer. Die **Landwirtschaft** produziert Nahrungs- und Futtermittel, aber auch nachwachsende Rohstoffe für erneuerbare Energien und stoffliche Verwertung. Als größter Landnutzer beeinflusst sie in vielfältiger Weise und je nach Art und Intensität der Landnutzung die Biodiversität, Böden, Gewässer und die Luft.

Wälder speichern Kohlenstoff, produzieren den nachwachsenden und umweltfreundlichen Rohstoff Holz, sind Lebensraum für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten, sorgen für gesunde Luft und sauberes Wasser und sind Erholungsraum der Bevölkerung. **Land- und Forstwirtschaft** sind ebenso vom Klimawandel betroffen, beispielsweise durch Extremwetterereignisse, gleichzeitig trägt die

heutige Landnutzung auch zum Klimawandel bei. Beide leisten zudem auch einen Beitrag zum Klimaschutz, zum Beispiel als Kohlenstoffsinken oder durch Bereitstellung von Substituten für energieintensive Baustoffe. In der Summe aber übersteigen heute die Treibhausgasemissionen die Senken. Das Landschaftsbild wird maßgeblich von der Land- und Forstwirtschaft geprägt, auch wenn die Zersiedelung durch die weiterhin wachsenden Siedlungs- und Verkehrsflächen weiter zunimmt.

Der Bund fördert eine nachhaltige Land- und Forstwirtschaft insbesondere über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK), mit den Mitteln der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU im Rahmen des GAP-Strategieplans sowie über das Bundesprogramm Ökologischer Landbau (BÖL) und die Förderung des Umbaus der landwirtschaftlichen Tierhaltung.

3.2 Kultur- und Naturlandschaften

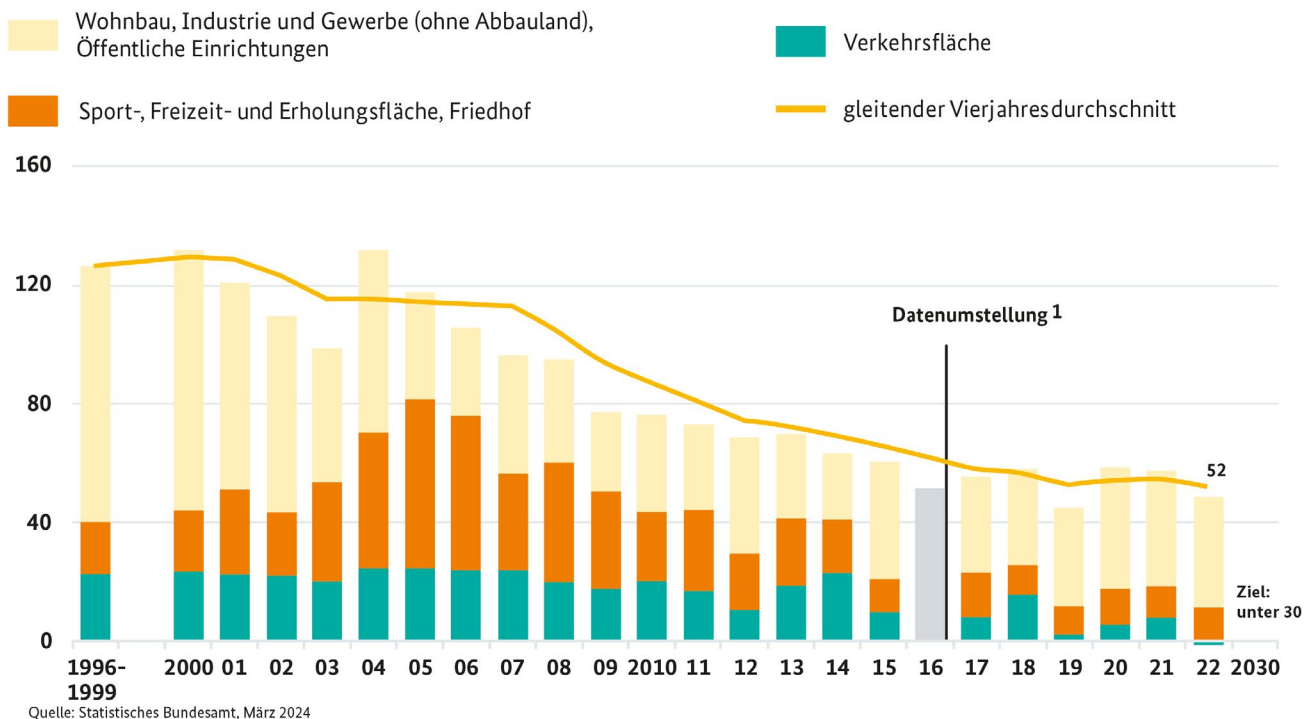
Kulturlandschaften sind Landschaften, die durch die Nutzung des Menschen gestaltet wurden.

Jede menschliche Flächennutzung wirkt sich auf Umwelt und Landschaft aus, egal ob Land- und Forstwirtschaft, Siedlungs- und Verkehrsnutzung, Energiewirtschaft oder Rohstoffabbau.

Land- und Forstwirtschaft prägen und beeinflussen die gewachsenen Kulturlandschaften und prägen das Landschaftsbild. Die Landnutzung in Deutschland ist in den vergangenen Jahrzehnten **einem starken Wandel** unterworfen und steht vor der Herausforderung, in vielfacher Hinsicht nachhaltiger zu werden. Dabei halten die langjährigen Trends zunehmender Siedlungs- und Verkehrsflächen bei abnehmender Landwirtschaftsfläche an.

Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Hektar pro Tag, 1996 bis 2022

Siedlungsfläche:



¹ Die Datenbasis für Auswertungen der Siedlungs- und Verkehrsfläche ist die amtliche Flächenerhebung. Ab dem Berichtsjahr 2016 basiert diese auf dem Amtlichen Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS). Dadurch ist der Vergleich zu den Vorjahren beeinträchtigt und die Berechnung von Veränderungen erschwert. Die nach der Umstellung ermittelte Siedlungs- und Verkehrsfläche enthält weitgehend dieselben Nutzungsarten wie zuvor. Nähere Erläuterungen zum Flächenindikator unter www.destatis.de/DE/Methoden/Qualitaet/Qualitaetsberichte/Land-Forstwirtschaft-Fischerei/einfuehrung.html

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis): Erläuterungen zum Indikator „Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche (2024)“

Der Bund fördert die Entwicklung von Natur und Landschaft durch verschiedene Agrarumweltmaßnahmen u. a. über die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) und die

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) sowie das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK).

3.3 Anpassung an Klimawandel

Die mit den Klimaveränderungen verbundenen Risiken betreffen alle Ökosysteme, die mit ihren vielfältigen Strukturen und Dienstleistungen die Lebensgrundlage in Deutschland sicherstellen. Die Klimaänderungen haben Auswirkungen auf alle gesellschaftlichen Bereiche des Lebens. Sie verursachen kurz- und langfristige Effekte und Schäden, die mit vorsorgenden Maßnahmen begrenzt werden können.

Der Bund hat u. a. mit einem Sofortprogramm Klimaanpassung Fördermöglichkeiten verstetigt und gebündelt und den Hochwasser- und Küstenschutz im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) gestärkt.

Klimaanpassung ist daher eine Aufgabe, die die gesamte Gesellschaft betrifft und nur gemeinsam bewältigt werden kann.

3.4 Tourismus und Erholung

Neben ihrer Funktion als Natur- und Lebensräume sind ländliche Räume auch **Orte für Erholung** und Rückzug, die sich häufig gegenüber den Ballungsräumen durch viele Freiräume mit geringer Lärmbelastung und guter Luftqualität auszeichnen. Sie bieten in der Regel vielfache **Erholungsmöglichkeiten**.

Tourismus in ländlichen Räumen, der je nach Region unterschiedlich ausgeprägt sein kann, ist eine Querschnittsbranche, von der viele Wirtschaftszweige profi-

tieren können.^{22, 23} Vor dem Hintergrund der fortwähren- den landwirtschaftlichen Strukturveränderungen, des demografischen Wandels sowie von Klimaschutzaspekten kommt ihm eine wachsende Bedeutung zu.

Der Bund hat u. a. das Arbeitsprogramm der Bundes- regierung „Nachhaltigen Tourismus wettbewerbsfähig gestalten“ veröffentlicht und fördert den Urlaub auf dem Land insbesondere infrastrukturell.

4. Finanzen, Förderung und Forschung

4.1 Kommunalfinanzen

Kommunen erfüllen wesentliche Aufgaben zur Daseinsvorsorge und zur Sicherung der technischen und sozialen Infrastrukturen.

Trotz der grundgesetzlichen Finanzverantwortung der Länder für ihre Kommunen hat der Bund aktuell und in den vergangenen Jahren zahlreiche Maßnahmen ergrif- fen, um die Finanzlage der Kommunen zu stärken und die negativen Folgewirkungen der auftretenden Krisen abzdämpfen.

Die Kommunen profitieren sowohl unmittelbar als auch mittelbar von den umfangreichen Maßnahmen des Bundes, die – neben vielen weiteren Maßnahmen zur Unterstützung von Unternehmen und damit zur Siche- rung der Einkommen der privaten Haushalte sowie zur Sicherung der Energieversorgung – in den vergangenen Jahren im Rahmen des Konjunkturprogramms, des wirt- schaftlichen Abwehrschirms sowie der drei Entlastungs- pakete zur Krisenbewältigung ergriffen worden sind. Der Bund unterstützt insbesondere finanz- und struk- turschwache Kommunen bei Investitionen, beteiligt sich mit erhöhten Anteilen an den Sozial-, Flüchtlings- und ÖPNV-Kosten.

Kommunale Steuereinnahmekraft im Vergleich der Raumtypen in Euro je Einwohner, 2023

Raumtyp gem. Thünen-Typologie	weniger gute sozioökonomische Lage	gute sozioökonomische Lage
Sehr ländlich	1.267 Euro	1.720 Euro
Eher ländlich	1.219 Euro	1.666 Euro
Ländlich insgesamt	1.455 Euro	
Nicht-ländlich	1.942 Euro (ohne Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen)	

Quelle: Berechnung Thünen-Institut, Datenbasis: Statistisches Bundesamt, Statistische Landesämter (2024). Die Steuerkraftnormierung erfolgt unter Anwendung der bundesdurchschnittlichen Realsteuerhebesätze.

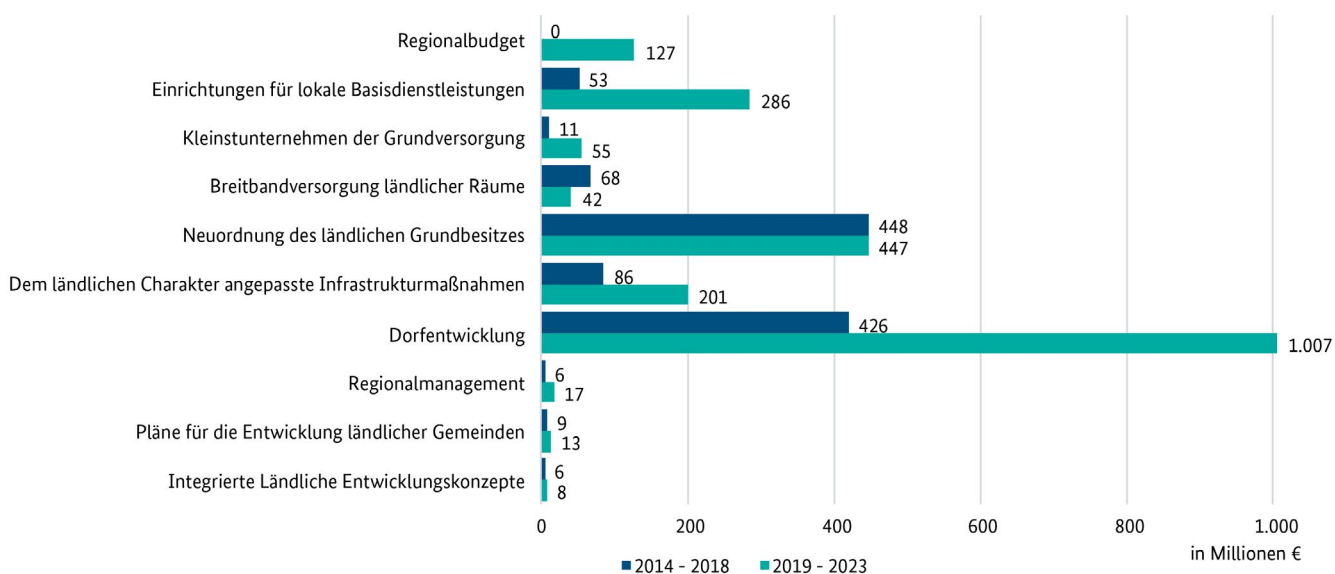
4.2 Förderung ländliche Entwicklung

Die ländlichen Räume in Deutschland haben vielfältige Aufgaben. Gleichzeitig fehlt es vielerorts an Ressourcen dafür. An dieser Stelle können Förderprogramme zur ländlichen Entwicklung ansetzen. Förderbedarfe bestehen viele: Von Kommunen, die ihre Ortskerne attraktiver gestalten oder Angebote für Daseinsvorsorge und Nahversorgung stärken wollen, über Unternehmen, die ihre wirtschaftlichen Aktivitäten in ländlichen Räumen auszubauen gedenken, bis hin zu Vereinen und Privatpersonen, die einen Beitrag zur Entwicklung ihrer Region oder Gemeinde leisten möchten. Auch der Schutz von Natur, Umwelt und Klima sowie die Prävention damit zusammenhängender Gefahren wie Hochwasser oder Waldbrände sind wichtige Bedarfe in ländlichen Räumen. Oft sind diese Bedarfe **nicht aus eigener Kraft zu decken**. In vielen Kommunen reichen die Mittel kaum noch für die Pflichtaufgaben, Unternehmen sind jedoch auf eine angemessene Infrastrukturausstattung angewiesen.

Vereine und Privatpersonen verfügen zwar über viele gute Ideen, dafür aber häufig nicht über entsprechende Mittel. Und in der Land- und Forstwirtschaft besteht oft kein Anreiz, öffentliche Güter bereitzustellen, wenn die Kosten nicht kompensiert werden. In all diesen Fällen kann die Förderpolitik gezielte Hilfestellung bieten.

Der Förderbereich „Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE)“ der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) ist das **wichtigste Förderinstrument des Bundes für die ländlichen Räume**, seitens der EU ist die LEADER-Förderung besonders wichtig. Über das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung und Regionale Wertschöpfung (BULEplus) werden Projekte zur Entwicklung, Erprobung und zum Transfer modellhafter, innovativer Lösungsansätze unterstützt.

Förderung der Integrierten Ländlichen Entwicklung (Bund und Länder), Ausgaben 2014 bis 2018 sowie 2019 bis 2023 nach Maßnahmen*



* Das Regionalbudget wurde 2019 in den Förderbereich 1 der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) aufgenommen. Für 2023 sind die Zahlen für Berlin und Brandenburg vorläufig. Dies hat Auswirkungen auf das Gesamtergebnis, Quelle: BMEL (2024): GAK-Berichterstattung.

Projektbeispiel

Better Promote 2.0 – gemeinsam besser zu Förderung beraten

Das Dialogprojekt „Better Promote 2.0 – gemeinsam besser zu Förderung beraten“ hat die Wirksamkeit von Förderberatung aus regionaler Sicht untersucht. Eingebunden wurden Fachleute aus der Beratungspraxis sowie Umsetzende von Förderprojekten aus Kommunen, Wirtschaft und dem Ehrenamt in strukturschwachen ländlichen Regionen. In Design-Thinking-Workshops haben sie gemeinsam innovative Ansätze für die Förderberatung und den Wissenstransfer entwickelt. Die Projektergebnisse zeigen, wie sich die Teilhabe an der Regionalförderung stärken lässt, damit alle Regionen ihre Chancen auf eine gute Zukunftsentwicklung nutzen können. Mit konkreten Handlungsempfehlungen leistet Better Promote 2.0 einen Beitrag für eine serviceorientierte Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse.

→ <https://www.region-gestalten.bund.de/Region/DE/vorhaben/better-promote20>

4.3 Wirkungsanalyse und räumliche Wirkung

Die Quantität, Qualität und Legitimität staatlicher Rechtsakte und Programme soll durch bestimmte Verfahren und Instrumente verbessert werden. Dazu gehört die **Ex-ante-Abschätzung** sowie die **Ex-post-Evaluation von Gesetzesfolgen und Programmwirkungen**. Von diesen Instrumenten kann auch die Entwicklung ländlicher Räume profitieren. Die diesbezügliche Politik umfasst spezifische Förderprogramme auf Bundes- und Länderebene sowie viele weitere raumwirksame Gesetze und Programme.

Diese Politik einer **konsequenteren Folgenabschätzung und Wirkungsanalyse** zu unterziehen, kann ihre Relevanz, Effektivität und Effizienz erhöhen.

Frühzeitige, besonders auf Auswirkungen auf gleichwertige Lebensverhältnisse ausgerichtete Folgenabschätzungen

bei der **Rechtsetzung** können zur besseren Berücksichtigung räumlich-struktureller Unterschiede beitragen.

Um die räumliche Wirkung von grundsätzlich allen Gesetzesvorhaben des Bundes schon bei Erarbeitung und letztlich bei der parlamentarischen Beschlussfassung zu erfassen, bekennt sich die Bundesregierung dazu, den **Gleichwertigkeitscheck** (GL-Check) im Rahmen der Bundesgesetzgebung konsequent anzuwenden. Ziel des GL-Checks ist es, für die im Grundgesetz verankerte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu sensibilisieren und in Gesetzgebungsverfahren die Auswirkungen auf diese abzuschätzen. Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag vorgenommen, alle Bundesförderprogramme regelmäßig zu evaluieren und ihre räumliche Wirkung mit einheitlichen Datenstandards zu überprüfen. Dieses Monitoring soll die verbindliche Grundlage für die Weiterentwicklung aller Förderprogramme sein. Bereits mit der politischen Beschlussfassung sollen Zielsetzungen in messbare und klar definierte Indikatoren übersetzt und Evaluationsfristen festgelegt werden.

4.4 Forschung für ländliche Räume

Die Bundesregierung wird in der Forschung zur Situation und Entwicklung ländlicher Räume maßgeblich durch das **Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei (kurz: Thünen-Institut)** unterstützt. Zuletzt hat der Bund den Bereich „Ländliche Räume“ am Thünen-Institut und damit die Forschung und wissenschaftlich basierte Politikberatung zu ländlichen Räumen weiter **gestärkt**. Das **Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)** erarbeitet regelmäßig wissenschaftliche

Grundlagen zur Struktur und Dynamik regionaler Disparitäten im Bundesgebiet. Dabei wird auch die Situation und Entwicklung der ländlichen Räume in ihrer Vielfalt erforscht. Darüber hinaus unterstützt die Bundesregierung auf verschiedenen Wegen Forschungsvorhaben zur nachhaltigen Entwicklung von Regionen, zu gleichwertigen Lebensverhältnissen, Raumordnung und Stadt-Land-Beziehungen, die einen Beitrag für die Ausgestaltung von Politikmaßnahmen für ländliche Entwicklung leisten.

Endnoten

- 1 Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (o. J.): Binnenwanderungssaldo der Stadt- und Landkreise nach Kreistypen (1991 bis 2021). https://www.bib.bund.de/Permalink.html?cms_permaid=1217618; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2022): Landlust neu vermessen. Wanderungsgeschehen in Deutschland. <https://neulandlust.de/>
- 2 Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2024): Raumordnungsprognose 2045. Bevölkerungsprognose. BBSR-Analysen KOMPAKT. 04/2024. <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/analysen-kompakt/2024/ak-04-2024>
- 3 BBSR Bevölkerungsprognose 2021 bis 2045 (2024): <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/startseite/topmeldungen/bevoelkerungsprognose-2045.html>
- 4 Thünen-Institut (2024): Thünen-Landatlas. Ausgabe 16/08/2024. Braunschweig. www.landatlas.de
- 5 Frankenberg/Augstein, Thünen-Institut, 2024. Datengrundlage: Marktstammdatenregister (Abruf: 25.09.2024, Status: in Betrieb, > 1 MW Nettonennleistung, Lage: Onshore), Gebiets- und Einwohnerstand: 31.12.2023 (BKG, Statistisches Bundesamt).
- 6 Sachverständigenrat Ländliche Entwicklung (SRLE) (2022): Starke Energiepreisanstiege: Spezifische Betroffenheiten in ländlichen Räumen gezielt begegnen. https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ministerium/Beiraete/srle/Stellungnahme-srle-energiepreise.pdf?__blob=publicationFile&v=2
- 7 https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ministerium/Beiraete/srle/stellungnahme-srle-chancen-ausbau-windenergie.html
- 8 U.a. Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2021): Umfrage „Leben in ländlichen Regionen“. Berlin. https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_laendliche-Regionen/umfrage-leben-in-laendlichen-regionen.html; Zentrum für Sozialforschung Halle e.V.; Institut für Politikwissenschaften Uni Jena, GESIS (Hrsg.) (2024). Deutschland-Monitor 23. Gesellschaftliche und politische Einstellungen. Themenschwerpunkt Stadt und Land. Berlin, Halle (Saale), Jena und Mannheim.
- 9 Laufende Raumb Beobachtung des BBSR – INKAR, Ausgabe 03/2024. Hrsg.: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), Bonn. <https://www.inkar.de/>
- 10 Osterburg, B.; Ackermann, A.; Böhm, J. et al. (2023): Flächennutzung und Flächennutzungsansprüche in Deutschland. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut. Thünen Working Paper 224.
- 11 Der hier dargestellte Anteil der von Eigentümerinnen und Eigentümern bewohnten Wohnungen an allen Wohnungen in Wohngebäuden (ohne Wohnheime) unterscheidet sich leicht von der unter den Zensusdaten mitgelieferten Eigentümerquote. Eine Nachrechnung der Eigentümerquote auf Ebene der Thünen-Typologie war nicht möglich, weil die Angabe der auszuschließenden gewerblich genutzten Wohnungen nicht veröffentlicht wurde.
- 12 Der hier dargestellte Anteil der leerstehenden Wohnungen an allen Wohnungen in Wohngebäuden (ohne Wohnheime) unterscheidet sich leicht von der unter den Zensusdaten mitgelieferten Leerstandsquote. Eine Nachrechnung der Leerstandsquote auf Ebene der Thünen-Typologie war nicht möglich, weil die Angabe der auszuschließenden gewerblich genutzten Wohnungen nicht veröffentlicht wurde.
- 13 Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestands des Bundes und der Länder; vgl. BBSR 2023. INKAR.
- 14 BBSR-Wohnungsmarktbeobachtung und IDN ImmoDaten GmbH; vgl. BBSR 2024 INKAR.
- 15 Destatis (2022a): Bildung und Kultur, Allgemeinbildende Schulen, Schuljahr 2020/2021 Fachserie 11, Reihe 1. Tabelle 2.1 Schulen nach Schularten 1992–2020; Destatis (2022b): Statistischer Bericht Allgemeinbildende Schulen, Schuljahr 2021/2022, Tabelle 21111-01 Schulen und Klassen nach Schularten; Destatis (2023): Statistischer Bericht Allgemeinbildende Schulen, Schuljahr 2022/2023, Tabelle 21111-01 Schulen und Klassen nach Schularten.
- 16 Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hg.) (2018): Bildung in Deutschland 2018. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Wirkungen und Erträgen von Bildung. Bielefeld: wbv Media.
- 17 Bundesministerium für Digitales und Verkehr (Hrsg.) (2018): Mobilität in Deutschland (MiD) 2017. Ergebnisbericht. Durchgeführt von infas in Kooperation mit DLR, IVT Research und infas 360. https://www.mobilitaet-in-deutschland.de/archive/pdf/MiD2017_Ergebnisbericht.pdf.
- 18 Bundesnetzagentur (2024): Bundesnetzagentur verpflichtet Anbieter zur Versorgung mit Telekommunikationsdiensten. https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2024/20240311_VerpflichtungTK.html?nn=659670
Ergänzender Hinweis: Mit ihrer Entscheidung vom 11.03.2024 zur Anschlussverpflichtung eines Haushalts hat die Bundesnetzagentur erstmals die Mindestversorgung mit Breitband sichergestellt. Nach aktueller Informationslage ist der verpflichtete Betreiber der US-amerikanische Anbieter Starlink mit seiner niedrigorbitigen Satellitenkonstellation. Starlink steht bundesweit flächendeckend zur Verfügung und damit ist aktuell von einer Versorgung mit mind. 10 Mbit/s im Download für alle Haushalte im Bundesgebiet, inklusive Inseln, auszugehen. Da Starlink im normalen Angebot die Bandbreite nicht drosselt und im Normalfall zwischen 100 und 250 Mbit/s zur Verfügung stellt, ist bei einem Angebotspreis von 50 Euro (für Privatpersonen, Unternehmen zahlen ab 60 Euro) monatlich, auch, im Gegensatz zu früheren Satellitenanbindungen, von einem konkurrenzfähigen Marktprodukt auszugehen und die im Absatz angesprochene Versorgung von 50 Mbit/s gegeben.
- 19 Die Daten des SOEP bilden das klassische ehrenamtliche Engagement ab, das durch institutionelle Anbindung von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Vereine, Verbände gekennzeichnet ist. Selbstorganisierte, informelle Formen des Engagements sind in den dargestellten Zahlen nicht enthalten, spielen aber eine wachsende Rolle.
- 20 Kühn, M.; Kleiner, T.-M. (2023): Ungleiches Engagement in ländlichen und nichtländlichen Räumen. Bericht zur Sonderauswertung „Freiwilliges Engagement in unterschiedlichen Raumtypen“ auf Basis des Deutschen Freiwilligensurveys (2019) und des Sozio-ökonomischen Panels (2001–2019), Braunschweig.
- 21 DESTATIS (2022): 15. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, mittlere Variante.
- 22 Neumeier, S.; Pollermann, K. (2011): Ländlicher Tourismus als Chance? Möglichkeiten und Grenzen der Förderung von ländlichem Tourismus am Beispiel eines Modellvorhabens. In: Landbauforschung – vTI Agriculture and Forestry Research 3 2011 (61). S. 161–174. https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/bitv/dn049067.pdf (06.10.2023).
- 23 Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft (o. J.) Forschungs- und Innovationsprojekt. Wertschöpfungspotenzial des ländlichen Tourismus für landwirtschaftliche Betriebe und die ländliche Region <https://www.lfl.bayern.de/iba/haushalt/314017/index.php> (06.10.2023).

HERAUSGEBER

Bundesministerium für Ernährung
und Landwirtschaft (BMEL)
Referat 814 – Strategie und Koordinierung
der Abteilung 8, Gleichwertigkeit der
Lebensverhältnisse und Transformationsprozesse
in ländlichen Räumen
Wilhelmstraße 54
10117 Berlin
814@bmel.bund.de

STAND

November 2024

TEXT

BMEL

GESTALTUNG

Serviceplan Make GmbH & Co. KG, München

BILDNACHWEIS

Titel: BMEL/Photothek
Seite 6: BMEL/Photothek
Seite 9: BMEL/Photothek
Seite 11: BMEL/Photothek
Seite 16: BMEL/Photothek

**Diese Publikation wird vom BMEL unentgeltlich
abgegeben. Die Publikation ist nicht zum
Verkauf bestimmt. Sie darf nicht im Rahmen von
Wahlwerbung politischer Parteien oder Gruppen
eingesetzt werden.**



Die Publikation steht auf der Internetseite des BMEL
zum Herunterladen bereit:
www.bmel.de/publikationen

Weitere Informationen unter
www.bmel.de/regierungsbericht-lr
www.bmel.de
www.bmel.de/social-media

